

## INHALT:

**Editorial** Seite 236

**GI Aktuell** Seite 236

**Fristenkontrolle** Seite 238

Weisung an Fachkraft / Einschaltung eines Boten / Wiedereinsetzungsantrag, Beschwerdeverfahren / Angaben zur Zuverlässigkeit  
(BGH, Urt. v. 6.5.1999 - VII ZB 6/99)

**Berufsgerichtliches Verfahren** Seite 239

Rechtsanwalt / Bindungswirkung des Strafbefehls?  
(BGH, Urt. v. 12.4.1999 - AnwSt [R] 11/98)

**Honorar des Steuerberaters** Seite 241

Gerichtsstand für Honorarklage / Zuständigkeitsbestimmung,  
§ 36 ZPO  
(OLG Hamm, Beschl. v. 6.10.1998 - 1 Sbd 46/98)

**Steuerberaterhaftung** Seite 242

Gleiche Ansicht eines Kollegialgerichts / Fehlendes Verschulden  
des StB / Verjährungsbeginn, § 68 StBerG / Fristablauf /  
Kenntnis des Mandanten von Fehler und Schadenentstehung /  
Sekundäranspruch, akuter Prüfungsgrund / Hemmung der  
Verjährung und deren Ende  
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 8.1.1998 - 13 U 57/97)

**Beratung durch StB** Seite 246

Bestreiten des Mandanten / Beweislast / Erhöhte Darlegungslast  
des StB  
(OLG Frankfurt, Urt. v. 27.6.1997 - 24 U 202/95)

**Abschlußprüfung** Seite 248

Erstprüfung/Nachtragsprüfung / Beschränkte Nachtragsprüfung /  
Prüfungsumfang  
(OLG Hamm, Urt. v. 18.6.1997 - 25 U 6/98)

**Steuerberaterhaftung** Seite 252

Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung von Fördergeldern /  
Mandatsumfang / Lohnsteuereinbehalt für Teilzeitkräfte  
(LG Berlin, Urt. v. 16.9.1998 - 22 O 294/98, rkr.)

**Honorar des Steuerberaters** Seite 255

Einforderbarkeit, § 9 StBGebV / Unterschrift / Honorarklage  
(AG Dortmund, Urt. v. 15.1.1999 - 131 C 6383/98)

**GI Hinweise** Seite 256



## Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

der BGH mußte sich des Fristenthemas erneut annehmen: Einen zuverlässigen Mitarbeiter kann der Anwalt mit **Botendiensten in Fristsachen** betrauen. Weitere Vorsichtsmaßnahmen bei dessen Beauftragung müssen nicht ergriffen werden, wenn nach den örtlichen und zeitlichen Verhältnissen im Auftragszeitpunkt keine Zweifel an der Ausführung der Weisung bestehen. Im Wiedereinsetzungsverfahren können unklare **Angaben zu dem Botendienst auch nach Ablauf der Antragsfrist ergänzt** werden.

Sind Sie zwischen die Mühlsteine eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens geraten, so binden nach Auffassung des BGH die **Feststellungen in einem rechtskräftigen Strafbefehl** nicht im berufsrechtlichen Verfahren.

Das OLG Hamm hat wiederholt, daß sowohl für den Steuerberater als auch den Rechtsanwalt als **Leistungs-ort der Beratung und der Honorarzählung dessen Praxisräume** anzusehen sind. Eine **Honorarklage** ist deshalb am Sitz der Kanzlei rechtshängig zu machen.

Zur **Verjährungsproblematik und zur Sekundärhaftung** weist das OLG Düsseldorf darauf hin, daß Schäden wegen Fristablaufs am Tage nach der letzten Handlungsmöglichkeit entstehen, ohne daß es auf die Kenntnis des Mandanten ankommt. Die Hinweispflicht auf das Fristversäumnis entsteht aber nur, wenn aus **konkretem Anlaß** – einem akuten Grund – der Berater seine fehlerbehaftete Auftragserledigung überprüfen mußte.

**Bestreitet der Mandant, vom Steuerberater eine Beratung erhalten zu haben**, obwohl dieser das Gespräch örtlich, zeitlich und inhaltlich schildert, ist der Mandant für seine Behauptung **beweisbelastet**. (OLG Frankfurt)

Soll der Steuerberater laut **Mandatsvertrag** die zweckentsprechende Verwendung von Fördergeldern eines gemeinnützigen Vereins prüfen, so hilft dem Mandanten der bloße Hinweis, er erwarte eine steuerliche **Rundumbetreuung**, nicht weiter. Diese ist weder vereinbart noch wird sie vergütet. Es kann vom Steuerberater somit nicht erwartet werden, daß er z.B. die Lohnabrechnung von Teilzeitkräften im Hinblick auf die Einbehaltung von Lohnsteuer prüft. **Wünsche des Mandanten nach Erweiterung des Mandatsinhalts** müssen vom Steuerberater akzeptiert und damit zur Erweiterung des Steuerberatungsvertrages geführt werden. (LG Berlin)



Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

## GI Aktuell

**BVerfG: Das Risiko der Beförderung fristwahrender Schriftsätze darf nicht einseitig auf den Bürger abgewälzt werden**

Die 2. Kammer des Ersten Senats des BVerfG hat in einem Verfassungsbeschwerde(Vb)-Verfahren einstimmig entschieden, daß auch bei der **Inanspruchnahme von Kurierdiensten** das Risiko des rechtzeitigen Zugangs eines fristwahrenden Schriftsatzes nicht einseitig auf den rechtsuchenden Bürger abgewälzt werden darf. Diesem Grundsatz wird die mit der Vb angegriffene Entscheidung des Landesarbeitsgerichts (LArbG) nicht gerecht. Die Kammer hat deshalb diese Entscheidung aufgehoben und zur erneuten Entscheidung an das LArbG zurückverwiesen.

### I.

Bei dem Verfahren ging es um die Frage, ob dem Beschwerdeführer (Bf) bzw. seinem Prozeßbevollmächtigten ein Verschulden daran traf, daß die Berufung gegen eine abgewiesene Kündigungsschutzklage nicht fristgemäß beim Berufungsgericht (LArbG) eintraf. Der Schriftsatz war nach Angaben des Bf **elf Tage vor Fristablauf beim Kurierdienst des Anwaltvereins aufgegeben worden**, der das betreffende LArbG zweimal wöchentlich anfährt. Der Schriftsatz traf jedoch erst drei Tage nach Ablauf der Berufungsfrist im LArbG ein. Die Verspätung war offenbar auf eine irrtümliche Ablieferung der korrekt adressierten Berufungsschrift beim Oberlandesgericht statt beim LArbG zurückzuführen.

Den Antrag des Bf auf „Wiedereinsetzung in den vorigen Stand“ wies das LArbG zurück.

### II.

Die 2. Kammer des Ersten Senats hat die ablehnende Entscheidung des Antrags auf Wiedereinsetzung aufgehoben.

Zur Begründung heißt es u.a.:

Die Entscheidung verletzt den Anspruch auf Gewährung wirkungsvollen Rechtsschutzes (Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. dem Rechtsstaatsprinzip).

**1. Die Gerichte dürfen im Wiedereinsetzungsverfahren die Anforderungen an das, was der Betroffene veranlaßt haben muß, um Wiedereinsetzung zu erlangen, nicht überspannen.** So hat es das BVerfG bereits in der Vergangenheit als nicht zulässig angesehen, dem Bürger Verzögerungen der Briefbeförderung oder Zustellung

durch die Deutsche Bundespost als Verschulden anzurechnen. In der **Verantwortung des Absenders** liegt es nur, das zu befördernde Schriftstück so **rechtzeitig zur Post** zu geben, daß es nach den organisatorischen und betrieblichen Vorkehrungen der Post bei regelmäßigem Betriebsablauf den Empfänger fristgemäß erreicht.

2. Diesen Anforderungen wird die angegriffene Entscheidung nicht gerecht. Sie überspannt die vom Bf zu erfüllende Darlegungslast hinsichtlich der Inanspruchnahme des Kurierdienstes und wälzt allgemein bestehende Beförderungsrissen einseitig auf den rechtsuchenden Bürger ab. Im Regelfall kann vom Bürger nicht die Darlegung von Vorgängen innerhalb der Organisationsstruktur der Dienstleistungsanbieter verlangt werden, da diese sich regelmäßig der Kenntnis des Nutzers entziehen. Hier besteht **kein Unterschied zwischen der Beförderung durch die Deutsche Post AG und der durch andere Anbieter.**

Im vorliegenden Verfahren hat der Bf glaubhaft gemacht, daß der Schriftsatz elf Tage vor Fristablauf aufgegeben worden ist. Angesichts einer zweimaligen wöchentlichen Beförderung durch den Kurierdienst durfte der Bf davon ausgehen, daß der Schriftsatz rechtzeitig beim LArbG eintrifft. Der Bf hat dargelegt, auf welchem Weg und in welchen Zeitabständen die Beförderung erfolgt. Verlangt man weiteren Vortrag, so wird die Benutzung eines Kurierdienstes faktisch ausgeschlossen, denn dem Bürger ist es regelmäßig nicht möglich, bei Inanspruchnahme eines solchen Dienstes derart weitreichende Erkundigungen einzuholen.

(BVerfG, Beschl. v. 23.8.1999 - 1 BvR 1138/97)

Pressemitteilung des BVerfG v. 14.9.1999

#### **BFH: Zum Begriff der Berufsausbildung im Kindergeldrecht**

Der VI. Senat des Bundesfinanzhofs (BFH) hat in mehreren Urteilen vom 9.6.1999 zum Begriff der Berufsausbildung für das ab 1.1.1996 geltende Kindergeldrecht Stellung genommen.

In den entschiedenen Fällen ging es um die Fragen, ob und unter welchen Voraussetzungen ein **Auslandsaufenthalt im Rahmen eines Au-Pair-Verhältnisses** mit begleitendem **Sprachunterricht** (VI R 33/98 und VI R 143/98), der **Besuch eines ausländischen Colleges** (VI R 34/98),

ein **Volontariat** (VI R 50/98), ein **Anwaltspraktikum** eines Jurastudenten (VI R 16/99) und die Vorbereitung auf eine **Promotion** (VI R 92/98) als Berufsausbildung anerkannt werden können.

Der BFH hat in den vorbezeichneten Fällen das Vorliegen einer Berufsausbildung – teilweise in Abweichung von der Rechtsprechung des früher zuständigen Bundessozialgerichts – bejaht. Das Bundessozialgericht hatte eine Tätigkeit in der Regel nur dann als Berufsausbildung angesehen, wenn diese in einer Ausbildungs- oder Studienordnung zwingend vorgeschrieben war.

Die Auslegung des Begriffs der Berufsausbildung durch den BFH orientiert sich an der verfassungsrechtlichen Vorgabe, daß das Kindergeld ebenso wie der Kinderfreibetrag seit der Systemumstellung des Familienleistungsausgleichs zum 1.1.1996 in erster Linie der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums des Kindes bei den Eltern dient. Die steuerliche Leistungsfähigkeit der Eltern ist aber auch dann gemindert, wenn sich Kinder unabhängig von vorgeschriebenen Studienordnungen in Ausbildung befinden und von ihren Eltern unterhalten werden.

**Dabei kommt den Eltern und dem Kind bei der Gestaltung der Ausbildung von Verfassungs wegen ein weiter Entscheidungsspielraum zu.**

Der BFH hat im einzelnen entschieden, daß eine Sprachausbildung im Ausland im Rahmen von Au-Pair-Verhältnissen in der Regel als Berufsausbildung anzusehen ist, wenn der theoretisch-systematische Sprachunterricht zehn Unterrichtsstunden je Woche umfaßt. In Einzelfällen kann auch eine geringere Stundenzahl ausreichen, wenn z.B. der Sprachkurs der üblichen Vorbereitung auf einen anerkannten Prüfungsabschluß dient und das Kind den Prüfungsabschluß anstrebt. Insoweit kommt es auf die Gesamtumstände des Einzelfalles an.

Der Besuch allgemeinbildender Schulen, eines Colleges oder einer Universität im Ausland ist ohne weiteres als Berufsausbildung ebenso anzuerkennen wie ein berufsspezifisches Praktikum, z.B. ein Anwaltspraktikum eines Jurastudenten. Auch ein Volontariat, das der Erlangung der angestrebten beruflichen Qualifikation dient und bei dem der Ausbildungscharakter im Vordergrund steht, ist Berufsausbildung. Gleiches gilt für die Vorbereitung auf eine Promotion, wenn sie im Anschluß an das Studium ernsthaft und nachhaltig durchgeführt wird.

Pressemitteilung d. BFH v. 2.9.1999

## Fristenkontrolle

- Weisung an Fachkraft
- Einschaltung eines Boten
- Wiedereinsetzungsantrag, Beschwerdeverfahren
- Angaben zur Zuverlässigkeit  
(BGH, Urt. v. 6.5.1999 - VII ZB 6/99)

### Leitsatz:

Die Beschwerde gegen einen die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand versagenden Beschluß darf auch nach Ablauf der Antragsfrist auf ergänzende Angaben zur Zuverlässigkeit von Büroangestellten gestützt werden, wenn diese Angaben nach § 139 ZPO aufklärungsbedürftig waren.

### Aus den Gründen:

1. Die Kläger haben Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Versäumung der Berufungsbegründungsfrist beantragt. Diese lief am 6.10.1998 ab. Die Berufungsbegründung ging erst am 7.10.1998 beim Oberlandesgericht ein. Die Kläger haben im wesentlichen vorgetragen, ihr Prozeßbevollmächtigter habe die Berufungsbegründung am 6.10.1998 fertiggestellt und sie seiner zuverlässigen Anwaltsgehilfin übergeben mit der ausdrücklichen Weisung, dafür Sorge zu tragen, daß der Schriftsatz noch am gleichen Tag wegen des Fristablaufs beim Oberlandesgericht abgegeben werde. Diese habe den Schriftsatz am 6.10.1998 dem langjährigen Boten der Kanzlei mit der ausdrücklichen Weisung übergeben, ihn noch an diesem Tage beim Oberlandesgericht abzugeben.

2. Das Berufungsgericht hat den Wiedereinsetzungsantrag zurückgewiesen und die Berufung als unzulässig verworfen. Es sei davon auszugehen, daß der Bote schon seit Jahren von der Kanzlei regelmäßig zur Einreichung von Schriftsätzen herangezogen werde. Das sei nur dann nicht zu beanstanden, wenn er sich als zuverlässig erwiesen habe. Dies sei nicht dargetan und glaubhaft gemacht.

3. Die sofortige Beschwerde ist begründet. Den Klägern ist unter Aufhebung des angefochtenen Beschlusses Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gemäß § 233 ZPO zu gewähren, weil die Versäumung der Berufungsfrist nicht auf einem Verschulden der Prozeßbevollmächtigten beruht, das sich die Kläger gemäß § 85 Abs. 2 ZPO zurechnen lassen müßten.

a) Die Kläger haben mit der sofortigen Beschwerde dargetan, daß der von der Anwaltsgehilfin beauftragte Bote seine Aufgaben stets gewissenhaft und korrekt wahrgenommen hat. Er habe sich insbesondere dann als zuverlässig erwiesen, wenn ihm fristwahrende Schriftstücke übergeben worden seien.

b) Nach dieser Darstellung trifft die Kläger an der Fristversäumung kein Verschulden. **Die Überbringung der Berufungsschrift durften ihre Prozeßbevollmächtigten ohne eigenes Verschulden ihrer zuverlässigen Anwaltsgehilfin anvertrauen, mit der Weisung, dafür Sorge zu tragen, daß der Schriftsatz am gleichen Tage beim Oberlandesgericht einging. Da der für die Kanzlei tätige Bote als zuverlässig bekannt war, mußten sie keine weiteren Vorichtsmaßnahmen ergreifen** (vgl. BGH, Beschl. v. 13.7.1993 - VI ZB 8/93, NJW-RR 1994, 510).

Die entsprechenden Angaben sind durch die eidesstattliche Erklärung ihres Prozeßbevollmächtigten glaubhaft gemacht.

Zu Unrecht vermißt der Beklagte genaue Angaben dazu, wann der Schriftsatz an die Anwaltsgehilfin übergeben und beim Oberlandesgericht abgegeben worden ist. Auf diese Einzelheiten kommt es nicht an. **Aus dem Vortrag der Kläger ergibt sich mit hinreichender Deutlichkeit, daß der Schriftsatz noch während der üblichen Arbeitszeit übergeben worden ist.** Angesichts der örtlichen Verhältnisse in Freiburg kann kein Zweifel daran bestehen, daß der Schriftsatz bei ordnungsgemäßer Ausführung der Weisung noch rechtzeitig beim Oberlandesgericht eingegangen wäre.

c) **Der in der Beschwerde nachgeholte Vortrag der Kläger war zu berücksichtigen.** Es ist in der Rechtsprechung anerkannt, **daß erkennbar unklare oder ergänzungsbedürftige Angaben, deren Aufklärung nach § 139 ZPO geboten war, nach Ablauf der Antragsfrist mit der Beschwerde ergänzt werden können** (BGH, Beschl. v. 8.4.1997 - VI ZB 8/97, GI 1997, 237 = NJW 1997, 2120; Beschl. v. 10.2.1994 - VII ZB 25/93, VersR 1994, 1368; Beschl. v. 25.2.1976 - VIII ZB 3/76, VersR 1976, 732). Um solche Angaben handelt es sich in der Beschwerdeschrift. Ergänzende Angaben zur Zuverlässigkeit von Büroangestellten sind keine neuen Tatsachen zur Begründung des Wiedereinsetzungsantrags, die nicht mehr nach Ablauf der Antragsfrist nachgeschoben werden können (BGH, Beschl. v. 4.10.1988 - VI ZB 21/88, NJW-RR 1989, 126).

Das Berufungsgericht hätte eine entsprechende Ergänzung herbeiführen müssen, zumal der Hinweis der Kläger auf die langjährige Heranziehung des Boten ohnehin die Vermutung nahelegt, daß auch dessen Zuverlässigkeit behauptet werden sollte.

## Berufsgerichtliches Verfahren

- Rechtsanwalt
- Bindungswirkung des Strafbefehls?  
(BGH, Urt. v. 12.4.1999 - AnwSt [R] 11/98)

### Leitsatz:

Die einen rechtskräftigen Strafbefehl tragenden tatsächlichen Feststellungen sind für die Entscheidung im anwaltsgerichtlichen Verfahren nicht bindend.

### Aus den Gründen:

Das Anwaltsgericht hat gegen den Rechtsanwalt wegen schuldhafter Verletzung anwaltlicher Pflichten (§ 43 Satz 2, § 113 Abs. 1 und 2 BRAO) einen Verweis und eine Geldbuße von 5.000 DM verhängt. Der Anwaltsgerichtshof hat die Berufung des Rechtsanwalts verworfen; hingegen führte die auf die Nachprüfung des Rechtsfolgenausspruches beschränkte Berufung der Staatsanwaltschaft zur Erhöhung der Geldbuße auf 8.000 DM.

Die - vom Anwaltsgerichtshof zugelassene - Revision des Rechtsanwalts hat Erfolg. Mit Recht wendet sich der Revisionsführer dagegen, daß sich der Anwaltsgerichtshof bei seiner Beweisführung an die Feststellungen gebunden gesehen hat, auf denen ein gegen den Rechtsanwalt ergangener rechtskräftiger Strafbefehl beruhte, der den gleichen Tatvorwurf wie das anwaltsgerichtliche Verfahren betraf.

### I.

**Dem Rechtsanwalt wird als schuldhafte Verletzung außerberuflicher anwaltlicher Pflichten angelastet**, am Abend des 6.8.1996 das Fahrzeug eines Nachbarn, mit dem er in Streit liegt, vorsätzlich beschädigt und anschließend Polizeibeamten, die wegen dieses Vergehens gegen ihn

ermitteln wollten, Widerstand geleistet und sie beleidigt zu haben. Wegen dieses Verhaltens ist gegen den Rechtsanwalt ein Strafbefehl ergangen, in dem wegen Sachbeschädigung und wegen Beleidigung in zwei Fällen, in einem davon in Tateinheit mit Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, auf eine Gesamtgeldstrafe von 80 Tagessätzen zu je 300 DM erkannt worden ist. Da der Rechtsanwalt keinen Einspruch erhoben hat, ist der Strafbefehl rechtskräftig.

**Vor dem Anwaltsgerichtshof hat der Rechtsanwalt die Sachbeschädigung und den Umfang seiner Widerstandshandlungen bestritten.** Der Anwaltsgerichtshof hat demgegenüber die den Schuldspruch tragenden Feststellungen aus dem nach § 410 Abs. 3 StPO einem rechtskräftigen Urteil gleichstehenden Strafbefehl nach § 118 Abs. 3 Satz 1 BRAO für bindend erachtet. Anlaß für deren nochmalige Prüfung gemäß § 118 Abs. 3 Satz 2 BRAO hat der Anwaltsgerichtshof nicht gesehen. Folglich hat er auch entlastende Beweisanträge des Rechtsanwalts abgelehnt.

### II.

Diese Beweisführung wird von der Revision mit Recht beanstandet. **Die Bindungswirkung, die § 118 Abs. 3 BRAO dem rechtskräftigen Urteil im Strafverfahren (oder Bußgeldverfahren) für das anwaltsgerichtliche Verfahren zuerkennt, kommt dem rechtskräftigen Strafbefehl nicht zu.**

1. Der Wortlaut der Norm, deren Regelung sich ausdrücklich nur auf „Urteile“ bezieht, spricht gegen die Annahme einer solchen weitergehenden Bindungswirkung. **Allerdings „steht“ der Strafbefehl nach § 410 Abs. 3 StPO „einem rechtskräftigen Urteil gleich“.** Dieser 1987 neu gefaßten Vorschrift zur Rechtskraftwirkung des Strafbefehls in der Strafprozeßordnung läßt sich eine Regelung zur Bindungswirkung eines rechtskräftigen Strafbefehls in einem anwaltsgerichtlichen Verfahren, das den gleichen Vorwurf wie das Strafverfahren zum Gegenstand hat, nicht entnehmen.

2. Zudem sprechen Sinn und Zweck der Regelung über die Bindungswirkung - entgegen der mit der Revision angegriffenen Annahme des Anwaltsgerichtshofs im vorliegenden Verfahren - gleichfalls dagegen, einem Strafbefehl über § 410 Abs. 3 StPO die gleiche formale Bindungswirkung zuzubilligen, wie sie nach § 118 Abs. 3 BRAO für ein Strafurteil besteht.

a) Mit der Bindungswirkung sollen einander widersprechende Tatsachenfeststellungen verschiedener Gerichte in ähnlich ausgestalteten Verfahren, weil dies der Rechtssicherheit widerstreiten würde, möglichst vermieden werden. Dabei wird dem auf eine Wahrheitsermittlung von Amts wegen optimal ausgerichteten Strafverfahren die Prärogative zugebilligt, was auch durch einen grundsätzlich vorgesehenen zeitlichen Vorlauf (§ 118 Abs. 1 BRAO; vgl. auch § 17 BDO) abgesichert ist.

**Im Gegensatz zu dem notwendig nach mündlicher Hauptverhandlung auf der Grundlage richterlicher Überzeugung getroffenen Strafurteil ergeht der Strafbefehl nach vergleichsweise summarischer Prüfung regelmäßig nur nach Aktenlage auf der Grundlage der Annahme hinreichenden Tatverdachts bei nicht entgegenstehenden weiteren richterlichen Bedenken.**

Die Annahme einer Bindungswirkung durch eine auf dieser deutlich schmaleren Basis ergangene richterliche Entscheidung für ein Urteil im anwaltsgerichtlichen (oder sonstigen disziplinarrechtlichen) Verfahren, welches seinerseits sichere gerichtliche Überzeugung als Grundlage einer Verurteilung verlangt, ist nicht gleichermaßen naheliegend, auch wenn Belange der Rechtssicherheit generell durch divergierende Entscheidungen im Straf- und im Disziplinarverfahren berührt werden. Der Umstand, daß sich derjenige, der gegen einen Strafbefehl keinen Einspruch erhoben hat, der Aburteilung in diesem Verfahren gleichsam unterworfen hat, kann das Defizit der Erkenntnisgrundlage des Strafbefehlsverfahrens im Vergleich zum strafgerichtlichen Urteilsverfahren nicht vollständig ausgleichen.

b) Der Unterschied zwischen den Erkenntnisgrundlagen ist prinzipieller Art. Zwar geht auch die Aktenlage, auf welcher der Strafbefehlserlaß beruht, auf ein rechtsstaatlich geordnetes, auf Wahrheitsermittlung zielendes Verfahren zurück. Andererseits kann ein Strafurteil trotz Hauptverhandlung im Einzelfall nur eine sehr pauschal gewonnene Grundlage haben. Durch solche Erwägungen läßt sich der beachtliche Unterschied zwischen Strafurteil und Strafbefehl aber nur relativieren, nicht indes grundlegend beseitigen. Es kommt hinzu, daß sich das Unterlassen eines rechtzeitigen Einspruchs gegen den Strafbefehl nicht stets, kaum regelmäßig, als auch nur weitgehendes Eingeständnis des Tatvorwurfs im Sinne einer „Unterwerfung“ unter das Strafbefehlserkenntnis verstehen läßt, sondern daß es auf vielfältige andere Motive

oder sonstige Begleitumstände zurückgehen kann. Dies hätte bei Annahmen einer Bindungswirkung nach § 118 Abs. 3 Satz 1 BRAO zur Folge, daß in Fällen dieser Art häufiger als sonst eine nochmalige Prüfung von Schuldfeststellungen nach § 118 Abs. 3 Satz 2 BRAO veranlaßt sein dürfte.

**Auf der anderen Seite bleibt der Umstand, daß gegen den Rechtsanwalt ein Strafbefehl ergangen ist, gegen den er keinen Einspruch erhoben hat, auch ohne die formale Bindungswirkung des § 118 Abs. 3 BRAO selbstverständlich nicht etwa bedeutungslos. Dies wird vielmehr im anwaltsgerichtlichen Verfahren regelmäßig ein gewichtiges Indiz für seine Schuld im Sinne des Strafbefehlsvorwurfs sein.**

Vor diesem Hintergrund wird, auch wenn der Rechtsanwalt den mit dem Gegenstand des Strafbefehls identischen Vorwurf im anwaltsgerichtlichen Verfahren nicht einräumt, die anwaltsgerichtliche Aufklärungspflicht eine besonders ausführliche und kritische Beweiserhebung, insbesondere die Einholung möglichen Entlastungsbeweises von Amts wegen, regelmäßig nicht gebieten; vielmehr wird weitgehend eine erleichterte Form der Beweisführung angezeigt sein (vgl. nur § 138 Abs. 1 BRAO). Der hauptsächlich praktische Unterschied wird darin liegen, daß auf Entlastung abzielende Beweisangebote nicht mit Rücksicht auf die Regelung in § 118 Abs. 3 BRAO als unzulässig abgelehnt werden dürfen (vgl. BGHSt 23, 362; 33, 155, 156).

c) Damit stehen auch unabweisbare Bedürfnisse der gerichtlichen Praxis der Annahme mangelnder Bindungswirkung des Strafbefehls nicht entgegen. Ernstliche Anhaltspunkte dafür, daß die Anwaltsgerichte mit den beschriebenen Anforderungen der Beweiserhebung über anwaltschaftliches Fehlverhalten, das bereits Gegenstand eines Strafbefehlsverfahrens gewesen ist, überfordert sein könnten, liegen nicht vor. Es ist auch nicht zu befürchten, daß die Staatsanwaltschaften als Folge der Nichtannahme einer Bindungswirkung des Strafbefehls für Disziplinarverfahren in einer wesentlichen Zahl von Einzelfällen bei gleichermaßen straf- wie disziplinarrechtlich relevanten Sachverhalten auf die Durchführung sonst angezeigter Strafbefehlsverfahren mit geringerem justiziellem Aufwand verzichten würden.

**3. Die Auffassung des Senats, im anwaltsgerichtlichen Verfahren eine Bindung an die**

**tragenden Feststellungen eines zum identischen Vorwurf ergangenen rechtskräftigen Strafbefehls zu verneinen, steht im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zu der entsprechenden Frage im Disziplinarverfahren** (BVerwGE 83, 373; 93, 255; entsprechend die h.M. zum Disziplinarrecht: Claussen/Janzen, BDO 8. Aufl., § 18 Rdnr. 3c; Weiss in: Fürst, GKÖD Bd. II, § 18 Rdnr. 13; a.A.: VGH Baden-Württemberg, Urt. v. 21.8.1997 - D 17 S 6/97), so daß es einer Vorlage der die Struktur von Disziplinarverfahren allgemein betreffenden Rechtsfrage zur Entscheidung an den Gemeinsamen Senat der obersten Bundesgerichte nicht bedarf.

Die Entscheidung des Senats steht gleichfalls im Einklang mit der in der Literatur, soweit ersichtlich, einhellig vertretenen Auffassung zum anwaltsgerichtlichen Verfahren (vgl. Feuerich/Braun, BRAO 4. Aufl., § 118 Rdnr. 42 ff; Dittmann in: Henssler/Prütting, BRAO 1997, § 118 Rdnr. 22 f; jeweils m.w.N., auch entgegenstehender anwaltsgerichtlicher Spruchpraxis; vgl. zur Berufungsgerichtsbarkeit für Steuerberater entsprechend H. Schäfer in: Kuhls, Steuerberatungsgesetz 1995, § 109 Rdnr. 41 m.w.N.).

### III.

Der Rechtsanwalt hat den Schuldumfang im anwaltsgerichtlichen Verfahren nicht umfassend eingestanden. Zwar läge eine gleich hohe Sanktionierung auch allein für die von ihm eingeräumten Vorwürfe nicht fern, sie versteht sich indes nicht von selbst. Bei dieser Sachlage läßt sich ein Beruhen des angefochtenen Urteils auf der unzutreffenden Annahme der Bindungswirkung des Strafbefehls nicht verneinen.

## Honorar des Steuerberaters

- Gerichtsstand für Honorarklage
- Zuständigkeitsbestimmung, § 36 ZPO  
(OLG Hamm, Beschl. v. 6.10.1998 - 1 Sbd 46/98)

### Leitsätze (d.Red.):

1. Leistungsort für die beiderseitigen Leistungen aus einem Steuerberatungsvertrag ist der Kanzleisitz des Steuerberaters.
2. Wird keine Vereinbarung zum Leistungsort getroffen, ist für die Honorarklage der besondere Gerichtsstand des Erfüllungsortes gemäß § 29 ZPO, d.h. der Ort des Kanzleisitzes, gegeben.

### Aus den Gründen:

#### I.

Die Klägerin, eine Steuerberatungsgesellschaft mit Sitz in Dortmund, begehrt von den Beklagten Honorar für mehrere Steuerberatungsleistungen, die sie für die Steuerjahre 1995 und 1996 nach ihrem Vorbringen auftragsgemäß für die in der Rechtsform einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts handelnden Beklagten erbracht hat.

Nachdem das von der Klägerin angerufene Amtsgericht Dortmund die Parteien darauf hingewiesen hatte, daß seine Zuständigkeit nicht nach § 29 ZPO begründet sei, haben die Kläger beantragt, das Amtsgericht Dortmund als zuständiges Gericht zu bestimmen. Die von dem Senat zur Stellungnahme aufgeforderten Beklagten sind - wie das Amtsgericht - der Auffassung, der Gerichtsstand des Erfüllungsortes am Sitz der Klägerin sei zu verneinen; sie halten die Bestimmung des Amtsgerichts Hamm für zweckmäßig.

#### II.

Der Senat ist gemäß § 36 Abs. 2 ZPO zur Entscheidung berufen, da das Amtsgericht Dortmund als zuerst mit der Sache befaßtes Prozeßgericht zum Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm gehört.

Der zulässige Antrag der Klägerin ist jedoch nicht begründet. Die Voraussetzungen für eine Zuständigkeitsbestimmung gemäß § 36 Abs. 1 Nr. 3 ZPO liegen nicht vor. Nach dieser Vorschrift kann ein zuständiges Gericht nur dann bestimmt werden, wenn mehrere Personen, die bei verschiedenen Gerichten ihren allgemeinen Gerichtsstand haben, als Streitgenossen im allgemeinen Gerichtsstand verklagt werden sollen und für den Rechtsstreit ein gemeinschaftlicher besonderer Gerichtsstand nicht begründet ist.

**Entgegen der Auffassung des Amtsgerichts Dortmund ist ein solcher gemeinschaftlicher Gerichtsstand im vorliegenden Falle begründet**, da die Beklagten bei dem Amtsgericht Dortmund im besonderen Gerichtsstand des Erfüllungsortes gemäß § 29 ZPO verklagt werden können. Gemeinschaftlicher Erfüllungsort für die Zahlung des von der Klägerin begehrten Honorars für Steuerberaterleistungen ist für sämtliche Beklagten der Ort des Sitzes der Klägerin.



**Leistungsort** i.S.d. § 269 Abs. 1 BGB für die beiderseitigen Leistungen aus einem Steuerberatungsvertrag ist nach inzwischen gefestigter Rechtsprechung (OLG Düsseldorf, DB 1972, 1065; BayOLG, ZIP 1992, 1652; MDR 1996, 850; OLG Köln, NJW-RR 1997, 825; LG Darmstadt, AnwBl 1984, 503) und der Kommentarliteratur (Baumbach/Lauterbach/Hartmann, ZPO 56. Aufl., § 29 Rdnr. 31; Zöller/Vollkommer, ZPO 20. Aufl., § 29 Rdnr. 25; MünchKomm-ZPO/Patzina, § 29 Rdnr. 36), der Sitz der Kanzlei des Steuerberaters, sofern die Parteien nicht etwas anderes vereinbart haben.

Diese Rechtsprechung, der sich der Senat anschließt, folgt der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs hinsichtlich des Gerichtstandes des Erfüllungsortes für Honorarklagen von Rechtsanwälten (vgl. BGH, WM 1981, 411; NJW 1986, 1178; NJW 1991, 3095).

Der Auffassung des Amtsgerichts, diese Rechtsprechung laufe „dem Schuldnerschutz des § 13 ZPO“ zuwider, folgt der Senat nicht.

Ausgangspunkt für die Rechtsprechung zum Erfüllungsort für die Zahlung der Honoraransprüche sowohl der Rechtsanwälte als auch der Steuerberater ist § 269 Abs. 1 BGB. Nach dieser Vorschrift ist der Leistungsort mangels Vereinbarung aus der Natur des Schuldverhältnisses zu entnehmen. **Sowohl bei einem Rechtsanwalt als auch bei einem Steuerberater liegt der vertragliche Schwerpunkt am Ort der Kanzlei, weil hier die vertragstypischen Leistungen zu erbringen sind.**

Da die Mandanten von Rechtsanwälten und Steuerberatern diese zwecks Beratung und Informationsaustausch regelmäßig in der Kanzlei aufsuchen, ist es vertragstypisch, auch die Leistung der Mandanten, nämlich die Geldschuld, als Bringschuld anzusehen. Wie sich aus § 34 ZPO ergibt, hält auch im übrigen der Gesetzgeber es für Mandanten zumutbar, daß der Streit um gegen sie gerichtete Honoraransprüche nicht bei dem Gericht auszutragen sind, in dessen Bezirk sie ihren Wohnsitz haben.

Da nach dem Vorbringen der Parteien eine Vereinbarung zum Zahlungsort nicht getroffen worden ist, ist demnach gemäß §§ 29 ZPO, 269 Abs. 1 BGB das von der Klägerin angerufene Amtsgericht Dortmund zuständig.

## Steuerberaterhaftung

- Gleiche Ansicht eines Kollegialgerichts
- Fehlendes Verschulden des StB
- Verjährungsbeginn, § 68 StBerG
- Fristablauf
- Kenntnis des Mandanten von Fehler und Schadenentstehung
- Sekundäranspruch, akuter Prüfungsgrund
- Hemmung der Verjährung und deren Ende (OLG Düsseldorf Urt. v. 8.1.1998 - 13 U 57/97)

### Leitsätze (d.Red.):

1. Ein Beamter oder Notar handelt im allgemeinen nicht schuldhaft, wenn ein Kollegialgericht sein Verhalten als objektiv berechtigt angesehen hat. Dieser Grundsatz muß auch für Steuerberater gelten (hier: FG hatte AdV mit der Begründung des Steuerberaters gewährt).
2. Wird dem Steuerberater die Versäumung von Fristen vorgeworfen, dann entsteht der Schaden mit Ablauf des Tages, an dem spätestens hätte gehandelt werden müssen. Auf die Kenntnis des Mandanten von der Fristversäumnis kommt es nicht an.
3. Macht ein konkreter Anlaß - akuter Grund - es dem Steuerberater wahrscheinlich, daß er einen Fehler mit Schadenfolgen für den Mandanten gemacht hat, muß er diesen auf die Möglichkeit des Fehlers hinweisen.
4. Rät der Steuerberater, den Ausgang des FG-Verfahrens abzuwarten, und weist gleichzeitig auf seine Berufshaftpflichtversicherung hin, so erweckt er den Eindruck, daß die Schadenersatzansprüche, wenn nicht beseitigt, so doch nur mit sachlichen Einwendungen bekämpft werden. Entfällt dieses Vertrauen, besteht die Verjährungshemmung nicht fort. Der Mandant muß innerhalb kurzer Überlegungsfrist - einem Monat - den Regreßanspruch gerichtlich geltend machen.

### Zum Sachverhalt:

Der Kläger nimmt im Berufungsrechtszug nur noch den Beklagten zu 1) wegen fehlerhafter steuerlicher Beratung in Anspruch.

Der Kläger wurde seit 1979 von der Beklagten zu 2), deren Mitarbeiter in der Außenstelle W. der Beklagte zu 1) war, steuerlich beraten. Er betrieb seinerzeit auf eigenen Grundstücken eine Gärtnerei, die auf die Rosenzucht spezialisi-



siert war. Mitte des Jahres 1980 ließ er den größten Teil seiner Gewächshäuser abbrechen und den überwiegenden Teil der Freilandflächen räumen. Etwa 60 % der bisher betrieblich genutzten Eigentumsfläche teilte er in fünf Bauplätze auf, für die er Erbbaurechte zugunsten Dritter auf die Dauer von 99 Jahren bestellte.

Mit Schreiben vom 26.9.1980 teilte die Beklagte zu 2) dem Kläger mit, eine solche Erbbaurechtsbestellung führe nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs nicht zu einer Entnahme des belasteten Grundstückes aus dem Betriebsvermögen und damit nicht zu einer einkommensteuerpflichtigen Gewinnrealisierung. Der Kläger beauftragte daraufhin am 24.10.1980 die O.-GmbH mit der Vermarktung der Erbbaurechte. Diese wurden in den Jahren 1981 bis 1983 bestellt.

Bei einer im Jahre 1983 durchgeführten Betriebsprüfung bewertete das Finanzamt die Bestellung der Erbbaurechte als gewinnrealisierende Maßnahme. Es gelangte zu der Auffassung, daß sich für das Jahr 1980 ein Entnahmegewinn von 756.200 DM ergebe, und erhob mit Bescheid vom 30.1.1984 beim Kläger Einkommensteuer für diese Entnahme nach. Den eingelegten Einspruch wies das Finanzamt W. unter dem 29.1.1985 zurück.

Auf Antrag des Klägers setzte das Finanzgericht D. die Vollziehung der Einkommensteuerbescheide durch Beschluß vom 30.1.1985 mit der Begründung aus, die Bestellung von Erbbaurechten an zum Betriebsvermögen gehörenden Grundstücken stelle grundsätzlich weder eine zur Entnahme führende Nutzungsänderung des Grundstückes dar noch eine Veräußerung. Zur Führung des folgenden finanzgerichtlichen Verfahrens erteilte der Kläger dem Steuerberater Z. Prozeßvollmacht.

Durch Vertrag vom 7.5.1986 kaufte der Beklagte zu 1) die Außenstelle W. der Beklagten zu 2). Seither wird der Kläger vom Beklagten zu 1) steuerlich beraten.

Das finanzgerichtliche Verfahren endete mit einem am 26.1.1995 geschlossenen und nicht widerrufenen Vergleich. Auf dessen Grundlage ergingen am 2.6.1995 für die Jahre 1981 bis 1983 geänderte Einkommensteuerbescheide.

Im Februar 1995 übernahm der erstinstanzliche Prozeßbevollmächtigte des Klägers dessen anwaltliche Beratung. Mit Schreiben vom 3.4.1995

lehnten die Beklagte zu 2), mit Schreiben vom 7.7.1995 der Beklagte zu 1) die gegen sie erhobenen Schadenersatzansprüche ab. In der Folgezeit wurde die Klageschrift unter Hinzuziehung eines Fachmannes auf dem Gebiet des Steuerrechts vorbereitet und schließlich am 29.12.1995 bei Gericht eingereicht.

Der Kläger hat behauptet, ihm sei ein Schaden in Höhe von 440.572,55 DM entstanden. Die Bestellung von Erbbaurechten sei auch ohne gewinnrealisierende Entnahme möglich gewesen. Die Beklagten hätten ihn davon abgehalten, verjährungsunterbrechende Maßnahmen zu ergreifen. Der Beklagte zu 1) habe ihm seit Anfang 1984 und während der gesamten Dauer des finanzgerichtlichen Verfahrens immer wieder gesagt, der Ausgang des Prozesses müsse erst abgewartet werden, bevor eine Schadenersatzklage in Angriff genommen werden könne.

(Anträge ...)

Der Beklagte zu 1) hat die Einrede der Verjährung erhoben. Er hat darüber hinaus die Auffassung vertreten, zur Zeit der Auskunftserteilung im Jahre 1980 sei höchststrichterlich nicht geklärt gewesen, unter welchen Voraussetzungen die Bestellung von Erbbaurechten an Betriebsgrundstücken steuerlich als Entnahmen anzusehen seien. Die Beklagte zu 2) hat ebenfalls die Einrede der Verjährung erhoben.

Das Landgericht hat durch Grund- und Teilurteil vom 19.2.1997, auf das zur näheren Sachdarstellung verwiesen wird, den Schadenersatzanspruch gegen den Beklagten zu 1) dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt, die Klage gegen die Beklagte zu 2) aber abgewiesen. Zur Begründung hat es im wesentlichen ausgeführt:

Ein etwaiger Schadenersatzanspruch gegen die Beklagte zu 2) sei verjährt. Der Beklagte zu 1) hafte dagegen wegen fehlerhafter Beratung in Steuerangelegenheiten. Dieser Schadenersatzanspruch sei nicht verjährt. Das zum Schadenersatz verpflichtende Verhalten des Beklagten zu 1) habe bis zum Abschluß des finanzgerichtlichen Verfahrens im Jahre 1995 gedauert. Durch die Klageerhebung sei somit schon die primäre Verjährungsfrist von drei Jahren unterbrochen worden.

Gegen dieses Urteil wendet sich der Beklagte zu 1) mit der form- und fristgerecht eingelegten und begründeten Berufung. Er vertritt die Ansicht, die durch die Entnahme der Grundstücke

aus dem Betriebsvermögen der Gärtnerei angefallenen Steuern hätten in jedem Falle gezahlt werden müssen. Selbst wenn aber ein zum Schadenersatz verpflichtendes Verhalten vorläge, seien die Ansprüche des Klägers verjährt. Solche Schadenersatzansprüche seien mit dem Ablauf der Verjährungsfrist für Ansprüche gegen die Beklagte zu 2), also spätestens mit dem Ablauf des 30.1.1990, entstanden. Ein Sekundäranspruch bestehe nicht, weil hinsichtlich der Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen gegen die Beklagte zu 2) kein Mandatsverhältnis bestanden habe.

(Anträge ...)

Der Kläger behauptet, der Beklagte zu 1) habe auch in der Zeit vom 31.1.1987 bis zum 30.1.1990 fortdauernd geäußert, die Einleitung verjährungsunterbrechender Maßnahmen sei nicht notwendig. Eine solche Erklärung habe der Beklagte zu 1) auch noch am 20.2.1995 abgegeben. Wegen dieses eigenständigen Vertragsverschuldens habe ab 30.1.1993 die Sekundärverjährung begonnen. (...)

Die zulässige Berufung ist nicht begründet. Das Schadenersatzbegehren des Klägers scheitert schon deshalb, weil dem Beklagten zu 1) eine schuldhaft Pflichtverletzung nicht vorgeworfen werden kann. Dieser erhebt im übrigen zu Recht die Einrede der Verjährung.

#### Aus den Gründen:

##### I.

Der Auffassung des Landgerichts, der Beklagte zu 1) habe seine vertraglichen Pflichten schuldhaft verletzt, weil er den Kläger von der Einleitung verjährungsunterbrechender Maßnahmen abgehalten habe, vermag der Senat nicht beizutreten.

**Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (NJW 1983, 820, 822) handelt ein Beamter oder Notar im allgemeinen nicht schuldhaft, wenn ein mit mehreren Rechtskundigen besetztes Kollegialgericht sein Verhalten als objektiv berechtigt angesehen hat. Dieser Grundsatz muß auch für den Steuerberater gelten.**

Hier hatte der XI. Senat des Finanzgerichts Düsseldorf durch Beschluß vom 30.1.1985 die Vollziehung der Einkommensteuerbescheide 1979 und 1980 mit der Begründung ausgesetzt,

die Bestellung von Erbbaurechten an zum Betriebsvermögen gehörenden Grundstücken stelle grundsätzlich weder eine zur Entnahme führende Nutzungsänderung des Grundstücks dar noch eine Veräußerung. Aus der Sicht des Beklagten zu 1) lag damit eine Pflichtverletzung der Beklagten zu 2) nicht vor, so daß es auch keiner Belehrung des Klägers bedurfte.

Selbst wenn man aber der Auffassung des Landgerichts folgen wollte, daß dem Beklagten zu 1) eine schuldhaft Pflichtverletzung vorzuwerfen sei, kann der Kläger seinen Schadenersatzanspruch nicht mehr durchsetzen. Der Beklagte zu 1) beruft sich zu Recht auf den Eintritt der Verjährung.

##### II.

**Nach § 68 StBerG verjährt der Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz aus einem zwischen ihm und dem Steuerberater bestehenden Vertragsverhältnis in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist.** Ein Schadenersatzanspruch entsteht in diesem Sinne, wenn er wenigstens **dem Grunde nach erwachsen ist**, mag seine Höhe auch noch nicht beziffert werden können, ferner wenn durch die Verletzungshandlung eine als Schaden anzusehende Verschlechterung der Vermögenslage eintritt, ohne daß feststehen muß, ob ein Schaden bestehen bleibt und damit endgültig wird (BGH, MDR 1992, 1088 = GI 1992, 311, 315).

In diesen Fällen muß der Ablauf der Verjährungsfrist durch die Erhebung einer Klage auf Feststellung der Pflicht, den noch nicht bezifferten entstandenen und entstehenden Schaden zu ersetzen, unterbrochen werden.

1. Wie bereits dargelegt, könnte dem Beklagten zu 1) vorgeworfen werden, den Kläger davon abgehalten zu haben, gegenüber der Beklagten zu 2) verjährungsunterbrechende Maßnahmen zu ergreifen. **Geht es - wie hier - um die Ver säumung von Fristen, dann entsteht der Schaden mit dem Ablauf des Tages, an dem spätestens hätte gehandelt werden müssen** (Gehre, StBerG 3. Aufl., § 68 Rdnr. 8 m.w.N.).

Verjährungsunterbrechende Maßnahmen hätten gegenüber der Beklagten zu 2) noch bis zum 30.1.1990 ergriffen werden können. Mit Ablauf dieses Tages war der Schadenersatzanspruch gegen die Beklagte zu 2) verjährt, der auf der Pflichtverletzung der Beklagten zu 1) beruhende Schaden folglich entstanden.

Der Tatsache, daß der Kläger zunächst **keine Kenntnis von der Pflichtverletzung** des Beklagten zu 1) **und der Schadenentstehung** hatte, kann rechtlich keine Bedeutung beigemessen werden. Die mit der Schadenentstehung in Gang gesetzte Verjährungsfrist läuft ohne Rücksicht darauf, ob der Mandant die Pflichtverletzung seines Beraters, seinen Schaden und dessen Urheber kennt (BGH, NJW 1996, 1895, 1896). Diese für den Geschädigten äußerst strenge Verjährungsregelung hat die Rechtsprechung durch die sogenannte Sekundärhaftung des Steuerberaters gemildert. Die dreijährige Verjährungsfrist war in jedem Falle abgelaufen, als der Kläger am 29.12.1995 die vorliegende Klage einreichte.

2. Der Kläger kann seinen Schadenersatzanspruch nicht darauf stützen, daß der Beklagte die Belehrung über die Eigenhaftung und den Ablauf der Verjährungsfrist unterlassen hat (sogenannte Sekundärhaftung).

**Grundsätzlich ist ein Steuerberater wie ein Rechtsanwalt verpflichtet, seinen Mandanten vor Ablauf der ersten Verjährungsfrist auf die Möglichkeit seiner Haftung hinzuweisen, wenn es für ihn aufgrund eines konkreten Anlasses wahrscheinlich ist, daß er einen Fehler mit Schadenfolgen für den Mandanten gemacht hat** (BGH, NJW-RR 1997, 50, 52; NJW 1996, 2797, 2798; NJW-RR 1996, 313, 314; NJW 1992, 836, 837; 1991, 2828, 2830; Senat, GI 1993, 210, 211).

Wird diese Pflicht schuldhaft verletzt, steht dem Geschädigten der sogenannte Sekundäranspruch zu. Allerdings beruht die Pflicht, den Mandanten auf einen möglichen Regreßanspruch hinzuweisen, nicht allein auf der ursprünglichen Verletzung der Vertragspflichten. Die Sekundärhaftung entsteht vielmehr erst dann, **wenn der Steuerberater bei der weiteren Wahrnehmung des Mandats vor Ablauf der Primärverjährung aufgrund objektiver Umstände begründeten Anlaß zu der Prüfung hatte, ob der Mandant durch einen Fehler geschädigt worden ist.**

**Hatte ein sorgfältig arbeitender Steuerberater dagegen keinen akuten Grund, die Art der Erledigung eines Auftrages in einem bestimmten Punkt auf seine Ordnungsmäßigkeit zu überprüfen** und dabei eine pflichtwidrig herbeigeführte Schädigung seines Mandanten zu erkennen und diesem die Durchsetzbarkeit des Regreßanspruches zu ermöglichen, so beruht die Primärverjährung nicht auf einer solchen

weiteren Pflichtverletzung des Steuerberaters (BGH, NJW-RR 1997, a.a.O.; NJW 1987, 326, 327; 1985, 2250, 2252; NJW 1982, 1285, 1288; Zorn, Beilage zur NJW, Heft 21/95, 17).

Hier hat der Kläger keinen Sachverhalt vorgetragen, aus dem sich ergibt, daß der Beklagte zu 1) während des Laufs der Verjährung des Regreßanspruchs Anlaß hatte, eine durch seine Pflichtwidrigkeit verursachte Schädigung zu erkennen. Das finanzgerichtliche Verfahren begann zu einer Zeit, als der Beklagte zu 1) noch Angestellter der Beklagten zu 2) war. Mit der Führung des Prozesses wurde der Steuerberater Z. beauftragt. Eine begleitende Beratung durch den Beklagten zu 1) ist nicht erfolgt. Der Prozeß vor dem Finanzgericht hat sein Ende erst durch den am 26.1.1995 geschlossenen Vergleich gefunden.

**Während des Laufs der Primärverjährung war der Beklagte zu 1) nur mit der laufenden steuerlichen Beratung des Klägers befaßt.** Es ist weder konkret dargelegt noch aus dem Sachvortrag des Klägers ersichtlich, aufgrund welcher objektiver Gegebenheiten der Beklagte zu 1) während des Laufs der Primärverjährung, nämlich vom 30.1.1990 bis zum 30.1.1993, begründeten Anlaß zu der Prüfung gehabt haben soll, ob er dem Kläger durch den Rat, das Ende des finanzgerichtlichen Verfahrens abzuwarten, einen Schaden zugefügt hat.

In der Berufungsbegründung heißt es, der Beklagte zu 1) habe in der Zeit vom 31.1.1987 bis zum 30.1.1990 „fortlaufend“ geäußert, die Einleitung verjährungsunterbrechender Maßnahmen sei nicht erforderlich. Während dieses Zeitraumes hätte aber immer noch Klage gegen die Beklagte zu 2) erhoben werden können. Hinsichtlich der für die Entstehung des Sekundäranspruchs maßgeblichen Zeit nach dem 30.1.1990 wird eine entsprechende Äußerung des Beklagten zu 1) nicht konkret behauptet. Erst am 20.2.1995, also nach Ablauf der Primärverjährung, soll sich der Beklagte zu 2) wieder in diesem Sinne erklärt haben.

Die anspruchsbegründenden Voraussetzungen eines Sekundäranspruchs darzulegen und zu beweisen, obliegt aber dem Mandanten (Zugehör, a.a.O., S. 18 m.w.N.).

### III.

Der Verjährungseinrede des Beklagten steht der Einwand der unzulässigen Rechtsausübung (§ 242 BGB) nicht entgegen.

Der Zweck der Verjährungsregelung in § 68 StBerG gebietet es, strenge Maßstäbe anzulegen und den Einwand nur bei einem wirklich groben Verstoß gegen Treu und Glauben durchgreifen zu lassen, etwa wenn der Verpflichtete den Berechtigten durch sein Verhalten von der rechtzeitigen Klageerhebung abgehalten oder ihn nach objektiven Maßstäben zu der Annahme veranlaßt hat, es werde auch ohne Rechtsstreit eine vollständige Befriedigung seines Anspruchs geben (BGH, NJW 1996, 1895, 1897; NJW 1988, 2245, 2247; Senat, GI 1994, 172, 176).

**Ein Steuerberater, der den Ausgang eines finanzgerichtlichen Verfahrens abzuwarten rät und auf das Bestehen einer Haftpflichtversicherung hinweist, erweckt den Eindruck, die Schadenersatzansprüche des Mandanten würden, wenn nicht befriedigt, so doch nur mit sachlichen Einwendungen bekämpft.** Dieser Vertrauensschutz reicht aber nur so weit und gilt nur so lange, wie die den Einwand der unzulässigen Rechtsausübung begründenden tatsächlichen Umstände fort dauern (BGH, NJW 1996, a.a.O.; 1991, 974, 975).

Hier hat der Beklagte zu 1) aber mit Schreiben vom 7.7.1995, beim erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten eingegangen am 10.7.1995, „jeglichen Anspruch“ des Klägers – auch mit Rücksicht auf die eingetretene Verjährung – zurückgewiesen. Nach Zugang dieses Schreibens **durfte der Kläger nicht mehr darauf vertrauen, daß die den Einwand der unzulässigen Rechtsausübung begründenden Umstände noch fortbestehen.** Mit dem für ihn erkennbaren Fortfall dieser Umstände hat die Verjährung nicht von neuem zu laufen begonnen, und es hat auch keine Hemmung der Verjährungsfrist stattgefunden (Palandt/Heinrichs, BGB 56. Aufl., Überbl. v. § 194 Rdnr. 15 m.w.N.).

**Der Gläubiger muß in einem solchen Falle vielmehr innerhalb einer in aller Regel kurzen Überlegungsfrist seinen Anspruch gerichtlich geltend machen. In der Mehrzahl der „durchschnittlichen“ Fälle wird ein Monat ausreichend sein** (BGH, NJW 1991, a.a.O.). Hier hat der Kläger bis zur Einreichung der vorliegenden Klage mehr als **fünf Monate** verstreichen lassen. Damit hat er die ihm zuzubilligende Frist aber weit überschritten. Denn selbst wenn man zu seinen Gunsten von einer schwierigen Rechtsmaterie ausgeht, kann nicht unberücksichtigt bleiben, daß der Kläger in der Regreßfrage bereits seit Februar 1995 anwaltlich vertreten war.

## Beratung durch StB

- Bestreiten des Mandanten
- Beweislast
- Erhöhte Darlegungslast des StB  
(OLG Frankfurt, Urt. v. 27.6.1997 – 24 U 202/95)

### Leitsätze (d. Red.):

1. Bestreitet der Mandant eine vom Steuerberater behauptete Beratung, trifft ihn insoweit die Beweislast.
2. Den Steuerberater trifft eine erhöhte Darlegungslast bezüglich des Beratungsgesprächs.
3. Jeden Geschädigten trifft die Verpflichtung, zur Schadenabwendung rechtliche Schritte zu unternehmen.

### Aus den Gründen:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung des Beklagten ist begründet. Ein Schadenersatzanspruch steht dem Kläger nach der erst nach Erlaß des angefochtenen landgerichtlichen Urteils eingetretenen Änderung in der höchstrichterlichen Rechtsprechung gegenüber dem Beklagten nicht zu.

#### I.

Eine Verletzung steuerberatender Pflichten, aus denen sich allein ein Schadenersatzanspruch ergeben könnte, kann dem Beklagten nicht angelastet werden. Insbesondere hat der Kläger eine derartige Pflichtverletzung nicht bewiesen.

1. Nach Ansicht des früher für Schadenersatzansprüche gegenüber Steuerberatern zuständigen IVa-Senats des Bundesgerichtshofs, auf die sich das Landgericht stützt, mußte der Steuerberater im Hinblick auf § 363 BGB beweisen, daß überhaupt ein Beratungsgespräch stattgefunden hat. Erst wenn die Beratung als solche feststand, traf den Mandanten die **Beweislast** dafür, daß die Beratung nicht vollständig oder nicht richtig war (BGH, NJW 1982, 1516 1517; NJW 1986, 2570). Nach Übergang der Zuständigkeit auf den IX. Senat des Bundesgerichtshofs hat sich an dieser Rechtsprechung zunächst nichts geändert (BGH, NJW 1992, 1695, 1697; NJW 1993, 1139, 1140 – allerdings schon zweifelnd; NJW 1995, 2842, 2843). Allerdings sollte die Beweislast für Schadenersatzansprüche – die begrifflich eine Erfüllung voraussetzen – den Mandanten des Steuerberaters treffen.

In seiner Entscheidung vom 4.6.1996 hat der IX. Senat des Bundesgerichtshofs nunmehr aber klargestellt, **daß der Mandant des Steuerberaters auch insoweit beweisbelastet ist, als der Steuerberater eine Beratung behauptet, der Mandant aber geltend macht, das Beratungsgespräch habe nicht stattgefunden** (BGH, NJW 1996, 2571, 2572 - unter ausdrücklicher Abweichung von NJW 1986, 2570). Die Vorschrift des § 363 BGB findet keine Anwendung. **Allerdings trifft den Steuerberater eine erhöhte Darlegungslast bezüglich der Umstände, die das behauptete Beratungsgespräch begründen sollen.**

2. Die vorgenannten Grundsätze führen vorliegend dazu, daß den Kläger die Beweislast sowohl für die behauptete unterlassene Beratung durch den Beklagten als auch für die sonstigen Voraussetzungen des Schadenersatzanspruchs trifft.

Der Beklagte hat im einzelnen vorgetragen, daß seine Ehefrau die Ehefrau des Klägers am 30.3.1987 auf die Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von Ehegattenarbeitsverhältnissen hingewiesen, ihr ein „Sonderrundschreiben“ nebst Kopie der Einkommensteuer-richtlinien ausgehändigt und er selbst durch Übersendung eines **Informationsbriefes** die besondere Problematik angesprochen hat. Zudem hat der Beklagte die fragliche **Aktennotiz** seiner Ehefrau vom 30.3.1987 und einen Auszug aus seinem **Terminkalender** von diesem Tage vorgelegt, aus dem sich ergibt, daß die Ehefrau des Klägers im Büro des Beklagten vorgesprochen hat. **Dies genügt, um ein Beratungsgespräch und die behauptete erfolgte Beratung schlüssig darzulegen.** Es oblag nunmehr dem Kläger, den Negativbeweis zu führen.

Den Nachweis für die unterlassene Beratung durch den Beklagten hat der Kläger nicht geführt. Das Landgericht geht bei seiner Würdigung der Aussagen der beiden Zeuginnen und zutreffend von der Situation eines „non liquet“ aus. Die landgerichtliche Würdigung ist für den Senat nachvollziehbar. Zu einer nochmaligen Beweisaufnahme (§ 398 ZPO) besteht kein Anlaß.

Daß die Beratung nur „von Ehefrau zu Ehefrau“ erfolgte, ändert nichts daran, daß eine Beratung stattgefunden hat. Die Ehefrau des Beklagten ist, was unter den Parteien unstreitig ist, **Steuerfachgehilfin mit 30jähriger Berufserfahrung.** Außerdem oblag es dem Kläger, die erhaltenen schriftlichen Informationen, insbesondere das

kurzgehaltene und ohne weiteres verständliche „Sonderrundschreiben“, zu lesen. Die Ehefrau des Klägers war ebenfalls in die steuerliche Abwicklung eingeschaltet; sie hat regelmäßig die Lohnbuchhaltung vorbereitet und die Lohnabrechnungen aus dem Büro des Beklagten abgeholt.

Da der Kläger den Nachweis einer unterlassenen Beratung durch den Beklagten nicht hat führen können, muß die Klage zwangsläufig abgewiesen werden.

Ob darüber hinaus im Herbst 1986 ein Beratungsgespräch unter den Parteien stattgefunden hat, kann für die Entscheidung dahinstehen.

## II.

Das Klagebegehren erweist sich aus einem weiteren Grunde als nicht gerechtfertigt. **Es fehlt nämlich auch an der haftungsausfüllenden Kausalität** eines möglichen fehlerhaften Verhaltens des Beklagten für den nunmehr vom Kläger geltend gemachten Schaden.

1. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs konnten Arbeitsverhältnisse von Ehegatten steuerlich nur anerkannt werden, wenn sie ernsthaft vereinbart waren und tatsächlich durchgeführt wurden. Der Arbeitslohn des Ehegatten mußte deshalb auf ein separates Konto des mitarbeitenden Ehegatten ausbezahlt werden, welches vom Einkommensbereich des Arbeitgeberehegatten getrennt war. Die Zahlung auf ein sogenanntes „Oder-Konto“ genügt dem nicht.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluß vom 7.11.1995 - 2 BvR 802/90 diese Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs als willkürlich und gegen Art. 3 Abs. 1 GG verstoßend angesehen (NJW 1996, 833). Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts kann zwar die Art der Kontoführung ein Kriterium zur Beurteilung der Frage sein, ob überhaupt ein Arbeitsverhältnis besteht. Sobald aber die Arbeitsleistung und ihre Entlohnung außer Frage stehen - dies ist vorliegend der Fall -, kommt der Art der Gehaltszahlung keine entscheidungserhebliche Rolle mehr zu. Die der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zugrundeliegende Verfassungsbeschwerde datiert aus dem Jahre 1990. Sie wurde in - für Steuerberater - einschlägigen Publikationen (z.B. *Beilage des Betriebsberaters* 2/94 vom 25.2.1994) ausdrücklich erwähnt.

Bei Abgabe des Betriebsprüfungsberichts des Finanzamts vom 6.4.1994 war es in Fachkreisen bekannt, daß die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs zu einer Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht anstand. In zwei weiteren Entscheidungen vom 19.12.1995 („Oder-Konto II“) – 2 BvR 1791/92 (NJW 1996, 834) und vom 9.1.1996 („Oder-Konto III“) – 2 BvR 1293/90 hat das Bundesverfassungsgericht seine vorerwähnte Rechtsprechung nochmals bestätigt.

**2. Aus dem Rechtsgedanken des § 254 BGB folgt für jeden Geschädigten die Verpflichtung, zur Schadenabwendung rechtliche Maßnahmen zu ergreifen** (BGHZ 90, 17, 33 = NJW 1984, 1169, 1172).

Bei Eingang des Betriebsprüfungsberichts des Finanzamts vom 6.4.1994 sowie bei Eingang des nachfolgenden Nachforderungsbescheids hätte der Kläger daher begründete Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser Verwaltungsmaßnahmen haben müssen; zur Schadenabwendung war er gehalten, Einspruch einzulegen, um bis zu einer abschließenden Entscheidung durch das Bundesverfassungsgericht seine Steuerangelegenheit „offen“ zu halten. **Da er dies unterlassen hat, trifft ihn ein „Verschulden in eigenen Angelegenheiten“** (BGH, a.a.O.; Palandt/Heinrichs, BGB 56. Aufl., § 254 Rdnr. 42 a.E.).

Ein Schadenersatzanspruch besteht daher für diejenigen Nachteile des Klägers nicht, die er bei rechtzeitiger Einlegung des Einspruchs hätte vermeiden können. Nachdem das Bundesverfassungsgericht die ständige Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs für verfassungswidrig erklärt hatte, wäre die gesamte Steuernachzahlungsverpflichtung des Klägers entfallen.

### III.

Der vom Kläger in der mündlichen Verhandlung vom 27.6.1997 erneut gegebene Hinweis auf die Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 3.6.1993 (NJW 1993, 2799 ff), ist verfehlt. Zwar hat der Steuerberater die Beratung seines Mandanten an der im Zeitpunkt der Beratung vorherrschenden höchstrichterlichen Rechtsprechung auszurichten. Dies hat der Beklagte getan. Dies ändert aber nichts daran, daß der Senat für seine Entscheidung die Rechtslage zugrunde zu legen hat, wie sie sich hinsichtlich der Beweislast und hinsichtlich der steuerlichen Behandlung von sogenannten „Oder-Konten“ im Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung darstellt.

## Abschlußprüfung

- Erstprüfung/Nachtragsprüfung
  - Beschränkte Nachtragsprüfung
  - Prüfungsumfang
- (OLG Hamm, Urt. v. 18.6.1997 – 25 U 6/98;  
Vorinstanz: LG Bochum, Gl 1997, 173)

### Leitsatz (d.Red.):

Eine Nachtragsprüfung wegen eingeschränkten Testats der Erstprüfung hindert nicht, in der zweiten Prüfung auch abweichende Feststellungen zu Bilanzpositionen zu treffen, welche die Testatseinschränkung nicht verursacht hatten. Voraussetzung ist, daß in der Zwischenzeit eingetretene „erhellende Umstände“ eine andere Bewertung notwendig machen.

### Zum Sachverhalt:

Mit Vertrag vom 7./8.1.1988 erwarb die HE-Handelsgesellschaft mbH sämtliche Anteile der Handelsgesellschaft mbH (TC), die ihrerseits alleinige Gesellschafterin der GmbH & Co. KG (FH) und deren Komplementärgesellschaft war, von Rechtsanwalt B., der die Anteile an der TC treuhänderisch hielt.

Der Kaufpreis sollte in Höhe von 70 % sofort und in Höhe von 30 % nach Vorlage des geprüften Jahresabschlusses FH und TC mit uneingeschränktem Prüfvermerk und Vorlage der Prüfberichte fällig werden. Daneben war die Höhe des Kaufpreises teilweise vom geprüften Jahresabschluß 1987 abhängig. So sollte sich der Verkaufspreis entsprechend mindern, wenn die Kommanditeinlage durch Verluste oder Entnahmen gemindert war oder das Stammkapital der Verwaltungs-GmbH nicht werthaltig war. Außerdem verpflichtete sich der Verkäufer, nicht ausreichend berücksichtigte Verbindlichkeiten und unzureichende Rückstellungen auszugleichen.

Die Beklagten waren mit der Prüfung des Jahresabschlusses 1987 beauftragt und versahen den ersten Prüfvermerk, der vom 30.12.1988 datiert, mit der Einschränkung, daß die Rückstellung von 175.000 DM für Risiken aus der Geschäftsführung durch den ehemaligen Geschäftsführer der Komplementärin (GF) nicht abschließend beurteilt werden konnte. (...)

Dazu heißt es im Prüfbericht: „Die Bildung der Rückstellung für Risiken aus der Geschäftsführung durch den ehemaligen Geschäftsführer der Komplementärin, Herrn ..., war erforderlich

aufgrund der schriftlichen Mitteilung des Herrn ..., daß gegen ihn wegen Abgabe unrichtiger Firmensteuererklärungen ein Steuerstrafverfahren eingeleitet ist".

Etwa viereinhalb Jahre später bat die HE-Handels-gesellschaft mbH mit Anwaltsschreiben vom 26.4.1993 die Beklagten, dem alten Jahresabschluß nunmehr ein uneingeschränktes Testat zu erteilen. Daraufhin forderten die Beklagten, wobei der Beklagte zu 1) darauf hinwies, daß die Prüfung analog § 316 Abs. 3 HGB erfolgen werde, einen Auftrag durch die zu prüfende Gesellschaft. In der Folge beauftragte die Klägerin, sie ist die inzwischen umfirmierte FH, die Beklagten mit Schreiben vom 7./13.5.1993 mit der „Nachtragsprüfung“.

Die Beklagten schlossen die weitere Prüfung mit ihrem Schlußbericht ab, fügten diesem einen in einigen Positionen geänderten Jahresabschluß bei und versahen diesen mit ihrem uneingeschränkten Prüfvermerk vom 31.8.1994.

Der Jahresfehlbetrag verringerte sich infolge der Nachprüfung von 1.832.553,64 DM auf 1.338.309,06 DM (mit der Folge geringerer Verlustzuweisung für die Komplementärin). Unter anderem lösten die Beklagten die Rückstellung GF und eine Rückstellung wegen einer Verpflichtung nach § 117b AVG in Höhe von 63.600 DM auf, weil sich beide Risiken nach ihrer Auffassung in der Zwischenzeit nicht verwirklicht hatten. (...)

Die Klägerin hat die Auffassung vertreten, die Beklagten hätten die Zahlen des Jahresabschlusses nicht ändern dürfen. Die Beklagten hätten sich entgegen dem Auftrag nicht auf die Einschränkung des ersten Prüfvermerks beschränkt. Die Beklagten hätten ihre eigene Arbeit nicht in Frage stellen dürfen. Sie hat behauptet, die Risiken der Rückstellung GF hätten sich verwirklicht. Deshalb hätten die Beklagten, da die Rückstellung zu Recht erfolgt sei, ein uneingeschränktes Testat auf die ursprüngliche Prüfung erstellen müssen.

Sie hat beantragt, die Beklagten zu verurteilen, dem Jahresabschluß und dem Lagebericht zum 31.12.1987 der FH GmbH & Co. KG in der in der Anlage zur Klageschrift beigelegten Fassung einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk zu erteilen.

Die Beklagten haben beantragt, die Klage abzuweisen.

Sie haben die Auffassung vertreten, die Klägerin sei nicht aktivlegitimiert, da es an einem Auftrag durch beide Kaufvertragsparteien mangle. Die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers verbiete ein Wunschtestat. Die Parteien des Kaufvertrages seien in den Schutzbereich des Prüfungsvertrages einbezogen. Die Nachtragsprüfung setze die Ursprungsprüfung fort. Nachträgliche Veränderungen dürften einbezogen werden.

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen, weil der Auftrag nicht hergebe, daß es an jeglicher Berechtigung der Beklagten zur Neuprüfung gefehlt hätte. So seien die Beklagten nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet gewesen zu berücksichtigen, daß, was die Rückstellung wegen einer Verpflichtung nach § 117b AVG betreffe, dafür aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in der Zwischenzeit die Grundlage entfallen sei.

Dagegen richtet sich die Berufung der Klägerin.

Sie vertritt die Auffassung, aus der Bitte des Beklagten zu 1), den Auftrag in analoger Anwendung von § 316 Abs. 3 HGB zu erteilen, ergebe sich, daß nur die Einschränkung des ersten Prüfvermerks zu prüfen gewesen sei. Durch die Verwendung des Wortes „Nachtragsprüfung“ in den Auftragsschreiben sei im übrigen klar gewesen, daß nur die Einschränkung hätte geprüft werden sollen. Zu einer Korrektur der Ursprungsprüfung seien die Beklagten nicht berechtigt gewesen, da sie bei der ersten Prüfung nichts übersehen und auch keine Fehler gemacht hätten.

Sie behauptet, die Rückstellung GF sei nicht nur wegen Steuerrisiken, sondern wegen aller Risiken aus der Geschäftsführung erfolgt, dieses Risiko hätte sich realisiert. Die Rückstellung sei dafür verbraucht worden. Sie meint, die Rückstellung wegen der Verpflichtung nach § 117b AVG hätte nicht aufgelöst werden dürfen, auch wenn die rechtliche Grundlage dafür zwischenzeitlich durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts entfallen sei. (...)

Sie ist der Ansicht, die Beklagten hätten den Jahresabschluß geändert, wozu sie nicht berechtigt gewesen seien, und behauptet dazu, mit ihrer Geschäftsleitung sei wegen der Änderungen nicht Rücksprache genommen worden.

Letztlich trägt sie vor, der Beklagte zu 2) sei gehindert gewesen, an der Abschlußprüfung teilzunehmen.



Sie beantragt,

1. die Beklagten zu verurteilen, dem Jahresabschluß und dem Lagebericht zum 31.12.1987 der FH GmbH & Co. KG in der in der Anlage zur Klageschrift beigefügten Fassung einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk zu erteilen;

2. hilfsweise die Beklagten zu verurteilen, ihren Bestätigungsvermerk vom 30.12.1988 zum Jahresabschluß und zum Lagebericht per 31.12.1987 der FH GmbH & Co. KG in der in der Anlage zur Klageschrift beigefügten Fassung eine Ergänzung beizufügen und den Bestätigungsvermerk insgesamt wie folgt neu zu fassen:

„Die Buchführung und der Jahresabschluß entsprechen nach unserer pflichtgemäßen, am 30.12.1988 abgeschlossenen Prüfung und unserer am 15.8.1994 abgeschlossenen Nachprüfung, die sich auf die Einschränkung in unserem Bestätigungsvermerk vom 30.12.1988 bezog, den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluß vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluß.“;

3. weiterhin hilfsweise (auch gegenüber dem Hilfsantrag zu 2.) festzustellen, daß die Beklagten nicht berechtigt waren,

a) den Jahresabschluß der FH GmbH & Co. KG zum 31.12.1987 in der in der Anlage zur Klageschrift beigefügten Fassung inhaltlich zu ändern;

b) die Nachtragsprüfung auf andere Positionen auszudehnen als die Position „Sonstige Rückstellungen“, „Risiken aus der Geschäftstätigkeit durch den ehemaligen Geschäftsführer der Komplementärin (GF)“ über 175.000 DM des Jahresabschlusses zum 31.12.1987 der FH GmbH & Co. KG in der in der Anlage zur Klage beigefügten Fassung, einschließlich der Bilanzpositionen, auf die eine Änderung der vorstehend beschriebenen Rückstellungsposition unmittelbare Auswirkungen hat, und auf die Frage, ob die insoweit gemachte Einschränkung in dem Bestätigungsvermerk vom 30.12.1988 aufgrund der zwischenzeitlich möglichen besseren Erkenntnis und Wertaufhellung gegenstandslos ist.

Die Beklagten beantragen, 1. Die Berufung zurückzuweisen; 2. Vollstreckungsnachlaß.

Sie meinen, sie seien nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet gewesen, die Prüfung über die ursprüngliche Einschränkung hinaus auszudehnen. Die Nachtragsprüfung sei nicht selbständige Abschlußprüfung, sondern Fortsetzung der Ursprungsprüfung gewesen; § 316 Abs. 3 HGB sei nicht einschlägig. Wenn aufgrund des zwischenzeitlichen Kenntnisstandes die Ursprungsprüfung in einigen Punkten nicht mehr zutreffe, dürfe nicht mit einem uneingeschränkten Prüfungsvermerk die Richtigkeit des Abschlusses bestätigt werden.

Wertaufhellende Tatsachen seien zu berücksichtigen. Das gelte auch für die Rückstellung wegen der Verpflichtung nach § 117b AVG, nachdem die Verpflichtungsgrundlage in der Zwischenzeit durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts entfallen war. (...) Sie behaupten, die Rückstellung der 175.000 DM sei eine Rückstellung für Steuern gewesen, die aufgrund Unterschlagungen von GF hätten entstehen können. Letztlich sind sie der Auffassung, sie seien beiden Parteien des Kaufvertrages verpflichtet, weil die Prüfung für die Kaufpreisbemessung maßgeblich ist. (...)

Die zulässige Berufung der Klägerin hat in der Sache keinen Erfolg.

#### Aus den Gründen:

Der mit dem Hauptantrag zu 1. und dem Hilfsantrag zu 2. verfolgte **Anspruch aus § 631 BGB i.V.m. §§ 316 Abs. 3, 322 HGB auf uneingeschränktes Testat zum der Erstprüfung zugrundeliegenden (alten) Jahresabschluß besteht nicht**. Ein solcher Anspruch bestünde, unabhängig davon, ob es sich um eine Fortsetzung der Ursprungsprüfung handelt, wie die Beklagten meinen, oder um eine, wie die Klägerin meint, auf die Einschränkung **beschränkte Nachtragsprüfung**, mit der von ihr angenommenen Folge, daß sich die Prüfung nur auf die Rückstellung GF hätte erstrecken dürfen, nur dann, wenn keine Einwendungen gegen den alten Jahresabschluß bestünden; § 322 HGB. Das ist nicht der Fall.

**Die Einwendung, die Rückstellung wegen Risiken aus der Geschäftsführung sei aufzulösen, ist zutreffend.** Da es bei der Frage des Wegfalls der Einschränkung – diesen Prüfungsumfang räumt die Klägerin ein – gerade um die Frage ging, ob die Rückstellung überhaupt und der Höhe nach gerechtfertigt war, mußte bei der

Prüfung die weitere Entwicklung beachtet und die Berechtigung der Rückstellung und deren Höhe danach beurteilt werden, was von der Klägerin auch nicht in Abrede gestellt wird. Nach der weiteren Entwicklung hat ein Risiko, welches die Rückstellung gerechtfertigt hätte, nicht bestanden.

Es liegt schon nahe, daß entgegen der Auffassung der Klägerin **nicht sämtliche Risiken aus der Geschäftsführung Anlaß der Rückstellung waren, sondern nur das Risiko, daß es wegen unrichtiger Steuererklärungen zu Nachforderungen des Finanzamts kam.** Dafür spricht der erste Prüfbericht zum alten Jahresabschluß, in dem es heißt, die Rückstellung beruhe darauf, daß gegen GF ein Steuerstraßverfahren wegen Abgabe unrichtiger Firmensteuererklärungen eingeleitet worden sei. Danach konnte es bei der Rückstellung nur um Nachforderungen des Finanzamts eben wegen der unrichtigen Steuererklärungen gehen. Dabei ist unerheblich, ob die Rückstellung zu Recht als Rückstellung aus den Risiken der Geschäftsführung gebucht wurde, oder, wie die Klägerin im Senatstermin gemeint hat, als Steuerrückstellung hätte gebucht werden müssen, denn das betrifft nur die Bezeichnung, nicht aber den Grund der Rückstellung.

Bis zum Senatstermin war unstrittig, daß es Steuernachforderungen des Finanzamts nicht gegeben hat mit der Folge, daß die Rückstellung unberechtigt war. Soweit die Klägerin im Termin behauptet hat, es hätte Steuernachforderungen gegeben, war dem nicht nachzugehen, denn auf der einen Seite hat die Klägerin auf das Bestreiten der Beklagten ihr Vorbringen nicht näher substantiiert und auf der anderen Seite auch nicht vorgetragen, warum die behaupteten Steuernachzahlungen nicht gegen die Rückstellung gebucht wurden.

Selbst wenn man aber mit der Klägerin davon ausgehen wollte, daß die Rückstellung nicht nur steuerliche Risiken, sondern auch andere, nicht näher bestimmte Risiken aus der Geschäftsführung abdecken sollte, sind solche, die Rückstellung rechtfertigenden Risiken nicht feststellbar. Die Klägerin hätte dazu darlegen müssen, welche anderweitigen, die Rückstellung rechtfertigenden Risiken bestanden und daß sich diese bis zur zweiten Prüfung verwirklicht hatten, um die Berechtigung der Rückstellung, zu der sie uneingeschränktes Testat verlangt, beurteilen zu können. Dem genügt ihr pauschaler Vortrag, die Risiken hätten sich verwirklicht, schon aus sich

heraus nicht und schon gar nicht vor dem Hintergrund des Vortrags der Beklagten, die Rückstellung sei gegen Heizkosten, Energiekosten und Tantiemen an Marktleiter gebucht worden. Schon damit erweisen sich der Hauptantrag zu 1. und der Hilfsantrag zu 2. als unbegründet.

Abgesehen davon ist zumindest die weitere Einwendung der Beklagten, nämlich, die Rückstellung wegen einer Verpflichtung nach § 117b AVG sei unberechtigt, berechtigt und erweist ebenfalls den Anspruch auf uneingeschränktes Testat, sei es nun in der Fassung des Hauptantrages zu 1. oder in der Fassung des Hilfsantrags zu 2., als unbegründet.

Selbst wenn es sich um einen auf die Prüfung der Einschränkung beschränkten Auftrag gehandelt hätte, auf den § 316 HGB analog anzuwenden wäre, **waren die Beklagten nicht gehindert, von ursprünglich auch zu anderen Prüfungspunkten getroffenen Prüfungsfeststellungen abzuweichen, wenn diese aufgrund zwischenzeitlicher Aufhellung von Vorgängen des betroffenen Geschäftsjahrs nicht mehr zutrafen** (Adler/Düring/Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Unternehmen, § 316 HGB, Rz. 67 a.E).

Das ist wegen der Rückstellung wegen einer Verpflichtung gemäß § 117b AVG der Fall, wie das Landgericht zu Recht ausgeführt hat, wenn es davon spricht, den Beklagten hätte nicht jegliche Berechtigung zur Prüfung des alten Jahresabschlusses gefehlt. Nicht nur hatte das Bundesverfassungsgericht die Verpflichtungsgrundlage für unwirksam erklärt, vielmehr war dem Widerspruch der Klägerin gegen ihre Heranziehung aus der Verpflichtung nach § 117b AVG, für die die Rückstellung gebildet war, auch stattgegeben worden. Auch das sind aufhellende Umstände, in deren Folge die Rückstellung aufzulösen war.

Die Auffassung der Klägerin, der Beklagte zu 2) sei an der Prüfung gehindert – wobei nicht ersichtlich ist, woraus, wäre die Auffassung der Klägerin richtig, dann ein Anspruch auf uneingeschränktes Testat folgen sollte – trifft nicht zu.

Der Hilfsantrag zu 3. a) ist unzulässig, denn ein rechtliches Interesse der Klägerin an der begehrten Feststellung ist nicht ersichtlich und schriftsätzlich auch nicht vorgetragen.

Soweit die Klägerin im Rahmen der Erörterung im Senatstermin vorgetragen hat, der Kaufpreis erhöhe sich aufgrund eines von den Beklagten geänderten Jahresabschlusses, betrifft das nicht

die Klägerin, sondern ihre Gesellschafterin. **Soweit die Klägerin gemeint hat, wegen einer Änderung des Jahresabschlusses durch die Beklagten Ansprüche auf Rückzahlung des Honorars oder andere Schadenersatzansprüche zu haben, hat sie nicht vorgetragen, warum derartige Ansprüche nicht durch Leistungsklage geltend gemacht werden könnten.** Soweit die Klägerin gemeint hat, das Feststellungsinteresse erwachse daraus, daß der Jahresabschluß auch für Dritte, etwa Banken, maßgeblich sei, ist nicht ersichtlich, welche Nachteile ihr entstehen könnten, da der von den Beklagten vorgeschlagene – dazu sogleich unten – Abschluß ein für die Klägerin besseres Ergebnis ausweist als der alte Jahresabschluß.

Der Antrag wäre im übrigen auch in der Sache unbegründet. Denn die Beklagten haben den Jahresabschluß der Klägerin nicht geändert. Die Beklagten haben keine Änderungen in einem gemäß § 245 HGB unterzeichneten Exemplar des Jahresabschlusses vorgenommen. Sie haben ihrem Prüfbericht eine „nach dem vorliegenden Prüfergebnis definierte Bilanz zum 31.12.1987 und Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1.1. bis zum 31.12.1987 ... in geänderter Form ... beigefügt“ und diesem Jahresabschluß das Testat erteilt. Das ist letztlich lediglich ein Änderungsvorschlag, dem nachzukommen der Entschließung der Klägerin obliegt.

Der Hilfsantrag zu 3. b) ist ebenfalls unzulässig. Auf der einen Seite ist auch insoweit kein Feststellungsinteresse ersichtlich. Auf der anderen Seite ist der Antrag nicht hinreichend bestimmt. Die Klägerin hätte entweder die Positionen, auf die sich die Prüfungsbefugnis nach ihrer Auffassung erstreckte, oder die Positionen, auf die sich die Prüfungsbefugnis nach ihrer Auffassung nicht erstreckte, im einzelnen kennzeichnen müssen. Für eine hinreichende Abgrenzung reicht die Formulierung „Bilanzposten, auf die eine Änderung der vorstehend beschriebenen Rückstellungsposition unmittelbare Auswirkung hat“ nicht aus.

Abgesehen davon wäre der Antrag auch unbegründet, **da ein Abschlußprüfer, wie ausgeführt, auch bei einer Nachtragsprüfung – so man eine solche annimmt – dieser an sich nicht unterliegende Positionen prüfen darf, wenn in der Zwischenzeit hervorgetretene, erhellende Umstände eine andere Bewertung notwendig machen.** Das war zumindest wegen der Position Rückstellung wegen einer Verpflichtung nach § 117b AVG der Fall.

## Steuerberaterhaftung

- Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung von Fördergeldern
- Mandatsumfang
- Lohnsteuereinbehalt für Teilzeitkräfte  
(LG Berlin, Urt. v. 16.9.1998 – 22 O 294/98, rkr.)

### Leitsätze (d.Red.):

1. Der Auftrag, die zweckentsprechende Verwendung von Fördergeldern eines gemeinnützigen Vereins zu testieren, verpflichtet nicht zur Prüfung, ob der Mandant bei Teilzeitkräften Lohnsteuer einbehalten und abgeführt hat.
2. Erwartet der Mandant eine steuerrechtliche „Rundumbetreuung“, obwohl nur eine Mittelverwendung vereinbart und vergütet wurde, so muß der Mandatsvertrag insoweit erweitert worden sein.

### Zum Sachverhalt:

Der Beklagte ist Steuerberater. Der Kläger begehrt von ihm Schadenersatz wegen Verletzung von vertraglichen Nebenpflichten.

Der Kläger ist ein gemeinnütziger Verein, der unter anderem Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen und Beratung für soziale Projekte im Bereich Frauenprojektarbeit anbietet. Zu diesem Zweck führt er Projekte durch, in deren Rahmen die Kursteilnehmerinnen als ABM-Kräfte beschäftigt werden.

Die vom Kläger im Zeitraum von 1992 bis 1994 jährlich ausgezahlten Löhne bewegen sich in einer Größenordnung um 3 Mio. DM. Der Kläger beschäftigt zwischen fünf und zwölf Mitarbeiter. Die Finanzierung der Vereinsaufgaben erfolgt ausschließlich durch Gelder des Arbeitsamtes, des Senats von Berlin sowie der Europäischen Union.

Die erforderlichen Fördermittel zur Durchführung eines Projektes werden vom Kläger jeweils im voraus ermittelt; nach Projektabschluß hat eine Abrechnung stattzufinden, ferner muß gegenüber der jeweiligen Fördereinrichtung ein durch einen Steuerberater erstellter Nachweis über die zweckentsprechende Verwendung der Gelder erbracht werden.

Der Beklagte prüfte seit April 1993 in diesem Sinne die zweckentsprechende Verwendung von Mitteln für insgesamt 22 einzelne Maßnahmen.

Ferner wurde er von dem Kläger mit der Erstellung der Umsatzsteuer- und Körperschaftsteuererklärungen für die Jahre 1992 bis 1994 sowie der Aufstellung der Einnahme-/Überschußrechnungen gemäß § 4 Abs. 3 EStG für diese Jahre beauftragt. Diese Arbeiten führte er sämtlich im August 1995 aus.

Die vom Kläger zur Durchführung der Projekte genutzten Räume werden durch geringfügig Beschäftigte i.S.v. § 40a EStG gereinigt. Den Lohn dieser Beschäftigten zahlte der Kläger in den Jahren 1992 bis 1996 aus der Kasse in bar aus, ohne insoweit seiner Arbeitgeberpflicht nach § 40a EStG zum Einbehalt pauschaler Lohnsteuer, Kirchensteuer und des Solidaritätsbeitrages nachzukommen. Da den Mitarbeitern des Klägers die steuerlichen Pflichten nicht bekannt waren, wurden die entsprechenden Lohnnebenkosten auch nicht bei der Beantragung von Mitteln für die einzelnen Projekte einkalkuliert.

Für die Jahre 1992 bis 1996 mußte der Kläger an das Finanzamt einen Betrag von 10.419,36 DM nachzahlen (siehe §§ 40 Abs. 3, 40a Abs. 5 EStG), der nicht mehr aus Fördermitteln der inzwischen abgeschlossenen und abgerechneten Projekte aufgebracht werden kann. Diese Summe ist Gegenstand des vorliegenden Rechtsstreits.

Dem Beklagten wurden für die Erstellung der Mittelverwendungsnachweise jeweils der Kassenordner und ein von Mitarbeitern des Klägers erstellter Abrechnungsordner für das jeweilige zu prüfende Projekt übergeben. Im Kassenordner befanden sich die von den Reinigungskräften unterzeichneten Formulare „Lohnabrechnung und Quittung für pauschal besteuerten Aushilfslohn gemäß § 40a EStG“, welche die an die Beschäftigten ausgezahlten Beträge auswiesen. Die Auszahlungsbeträge tauchten – nach einer entsprechenden Zuordnung zu den einzelnen Projekten durch den Kläger – in dem für das jeweilige Projekt erstellten Abrechnungsordner unter der Rubrik „Sachkonto Reinigung“ wieder auf. Frühestens seit dem Jahre 1994 enthielten die Abrechnungsordner auch Kontoauszüge aus einem computermäßig erstellten Buchhaltungsprogramm, in denen in der Spalte „Steuer“ für die Reinigungskräfte der Betrag „0,00“ angegeben war.

In der mündlichen Verhandlung vom 26.8.1998 wurden von den Mitarbeiterinnen des Klägers exemplarisch die Abrechnungsunterlagen für das ABM-Projekt E.K. (Laufzeit März 1996 bis Februar 1997) vorgelegt und erläutert.

Der Kläger behauptet, er habe den Beklagten als einzigen Steuerberater beauftragt. Bei dem ersten Gespräch sei der Beklagte durch die Geschäftsführerin des Klägers, Frau P., darauf hingewiesen worden, daß der Kläger eine „steuerrechtliche Rundumbetreuung“ wünsche und die Belege nicht nur auf ihre zahlenmäßige, sondern auch inhaltliche Richtigkeit überprüft werden sollten.

Bei einer rechtzeitigen Mitteilung des Beklagten darüber, daß die Löhne der Reinigungskräfte zu versteuern sind, hätte er, der Kläger, für die künftigen Projekte einen höheren Bruttolohn kalkuliert und auch insoweit von den Fördergebern Mittel erhalten. Bis zu einer gewissen Grenze sei auch eine nachträgliche Korrektur des übersehenen Finanzbedarfs bei der Abrechnung der Projekte möglich gewesen.

Der Kläger meint, daß der Beklagte verpflichtet gewesen sei, im Rahmen der Überprüfung der Mittelverwendung auch alle zugänglich gemachten Belege auf ihre Richtigkeit zu überprüfen.

(Anträge ...)

Der Beklagte ist der Ansicht, daß er nicht verpflichtet gewesen sei, von sich aus nach Lohnsteueranmeldungen des Klägers zu forschen. Auch handele es sich bei der Erstellung der Prüfberichte über die zweckentsprechende Mittelverwendung um keine steuerberatende Tätigkeit.

Die Klage ist nicht begründet. Dem Kläger steht gegen den Beklagten kein Schadenersatzanspruch aus positiver Vertragsverletzung in Höhe von 10.419,36 DM zu.

#### Aus den Gründen:

a) **Der Beklagte hat eine vertragliche Nebenpflicht bei Anfertigung der Nachweise über die zweckentsprechende Verwendung von Projektmitteln nicht verletzt.** Er war nicht verpflichtet, die ihm zugänglich gemachten Abrechnungsunterlagen daraufhin zu überprüfen, ob der Kläger seiner Pflicht als Arbeitgeber zum Einbehalt von Lohnsteuer etc. vom Arbeitslohn der geringfügig beschäftigten Reinigungskräfte nachkam.

**Die Aufgaben eines Steuerberaters richten sich nach Inhalt und Umfang eines erteilten Mandats.** Folglich ist er verpflichtet, sich mit den steuerrechtlichen Punkten zu befassen, die zur

pfllichtgemäßen Erledigung des ihm erteilten Auftrages zu beachten sind. Nur in den hierdurch gezogenen Grenzen hat er den Auftraggeber auch ungefragt über die bei der Bearbeitung auftauchenden steuerrechtlichen Fragen zu belehren.

**Er muß jedoch nicht Vorgänge und Tatsachen, die ihm lediglich bei Gelegenheit des erteilten Auftrages bekannt geworden sind, jeweils daraufhin untersuchen, ob sie Veranlassung zu einem Rat oder Hinweis an den Mandanten geben;** dies würde zu einer untragbaren Verschärfung der Anforderungen an die Leistungen des Steuerberaters führen.

**Freilich hat der Steuerberater im Rahmen seiner vertraglichen Nebenpflicht, den Mandanten vor Schaden zu bewahren, auf Fehlentscheidungen, die für ihn offen zutage liegen, hinzuweisen** (vgl. BGH, NJW 1995, 958; NJW 1995, 2842).

Unter Zugrundelegung dieser Grundsätze ergibt sich vorliegend, daß den Beklagten keine Haftung trifft.

Er hatte die **zweckentsprechende Verwendung von Fördergeldern im Rahmen einzelner Projekte zu attestieren**. Die Erfüllung dieser Aufgabe erfordert es nicht zu prüfen, ob der Kläger etwa **zu wenig** Mittel aufwendete und damit seinen Verpflichtungen auf steuerrechtlichem oder sonstigem Gebiet nicht nachkam. Zu bedenken ist hierbei auch, daß es vorliegend nicht um die unterlassene Abführung von Steuern des Klägers selbst geht, sondern um die Verletzung der ihm nach § 40a EStG treffenden Pflicht als Arbeitgeber, die von den geringfügig Beschäftigten geschuldete Lohnsteuer einzubehalten und abzuführen.

**Da der Beklagte aus der Zielrichtung, aus der er für den Kläger tätig wurde, die ihm zugänglich gemachten Abrechnungsunterlagen nicht auf das Unterlassen notwendiger Ausgaben durchsehen mußte, ist ihm nicht vorzuwerfen, daß er nicht bemerkte, daß der Kläger Lohnsteueranteile nach § 40a EStG tatsächlich nicht einkalkuliert und abgeführt hatte.**

Von ihm konnte auch nicht erwartet werden, daß er auf die Sichtung der Unterlagen über die Reinigungskosten ein besonderes Augenmerk legte; der Schwerpunkt der Ausgaben lag nicht auf den Reinigungskosten, sondern auf sonstigen Lohnkosten, Mietkosten etc.

Die Behauptung des Klägers, er habe den Beklagten darauf hingewiesen, daß er von ihm eine „**steuerrechtliche Rundumbetreuung**“ erwarte, ändert an dieser Beurteilung nichts. Diese Äußerung der Geschäftsführerin des Klägers gegenüber dem Beklagten kann als wahr unterstellt werden. Aus ihr ergibt sich jedoch keine konkrete Festlegung des Aufgabenbereichs des Beklagten über die geschuldete Attestierung der zweckentsprechenden Mittelverwendung hinaus.

Wenn der Kläger erwartete, daß der Beklagte neben der zunächst allein vereinbarten und vergüteten Tätigkeit der Mittelverwendungsprüfung die geschäftlichen Verhältnisse des Klägers auch daraufhin überprüfte, ob er seinen Pflichten als Arbeitgeber nachkam, so hätte dies gesondert und ausdrücklich vereinbart werden müssen. **Durch den bloßen Hinweis auf eine gewünschte „Rundumbetreuung“ kann ein Gewerbetreibender dem Steuerberater nicht unüberschaubare Haftungsrisiken aufbürden, die sich aus einer Pflicht zum Hinweis auf bei näherer Prüfung erkennbare Unzulänglichkeiten in der Geschäftsorganisation ergeben würden.**

Auch soweit der Kläger behauptet, daß der Beklagte die Prüfung der Belege auf ihre „inhaltliche Richtigkeit“ zugesagt habe, führt dies nicht zu dessen Haftung. Im Zusammenhang mit der vom Beklagten zunächst zu erbringenden Aufgabe, **der Prüfung der Mittelverwendung**, mußte der Beklagte diese Äußerung der Geschäftsführerin des Klägers lediglich dahin verstehen, daß er **etwaige Zweifel an der Notwendigkeit und Angemessenheit bestimmter Ausgaben offenlegen sollte**. Ein Prüfungsauftrag in dem von dem Kläger verstandenen Sinne war auch hiermit nicht verbunden.

Daß der Beklagte in einem anderen Zusammenhang unstreitig den Hinweis auf von den Mitarbeitern des Klägers übersehene Steuerpflichten gegeben hat (Hinweis auf die Umsatzsteuerpflicht der Einnahmen für den Bereich Konzeption Tourismus), besagt entgegen der Ansicht des Klägers nicht, daß der Beklagte damit eine Prüfungspflicht für alle Fragen übernommen hätte. Dieser vom Beklagten gegebene Hinweis ist vielmehr selbstverständliche Folge der **Schadenverhütungspflicht des Steuerberaters** gegenüber seinem Mandanten in dem Sinne, daß er auf **erkannte** Risiken und Fehler hinweisen muß.

Die unterlassene Berücksichtigung von abzuführender Lohnsteuer für die Reinigungskräfte

## Honorar des Steuerberaters

lag im vorliegenden Fall auch nicht derart offen zutage, daß daraus auf Kenntnis des Beklagten geschlossen werden müßte. Selbst wenn bereits ab 1994 computermäßig erstellte Kontoauszüge in den Abrechnungsordnern für die einzelnen Projekte enthalten waren, ist daraus **nicht zu schließen, daß dem Kläger die steuerliche Falschbehandlung des Arbeitslohnes für Reinigungskräfte positiv bekannt war.**

**In Anbetracht der relativen Geringfügigkeit dieses Ausgabenteiles sowie der grundsätzlichen Aufgabenstellung hatte der Beklagte keinen Anlaß, sich gerade mit dieser Unterlage eingehender auseinanderzusetzen.**

Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß selbst bei Annahme einer Haftung des Beklagten dem Grunde nach ein **überwiegendes Mitverschulden des Klägers gemäß § 254 Abs. 1 BGB** an der Entstehung des Schadens anzunehmen wäre.

Denn von dem Kläger, der über fest angestellte Kräfte zur Regelung dieser Aufgaben verfügt und Lohnausgaben in einer Größenordnung von 3 Mio. DM jährlich tätigt, kann zunächst erwartet werden, daß er seinen Geschäftsbetrieb von sich aus **so organisiert, daß steuerliche Pflichten, die ihn in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber treffen, erfüllt werden.**

Dem Beklagten könnte allenfalls – das Bestehen einer diesbezüglichen Prüfungspflicht unterstellt – vorgeworfen werden, den vom Kläger begangenen Fehler nicht bemerkt und korrigiert zu haben. Eine volle Haftung des Beklagten käme hiernach ohnehin nicht in Betracht.

b) Darüber hinaus ist ein Schadeneintritt in Höhe der Klageforderung sowie die Ursächlichkeit eines Unterlassens des Beklagten hierfür vom Kläger nicht in ausreichendem Maße dargelegt worden. Es ist nicht ersichtlich, ab welchem genauen Zeitpunkt und aufgrund welcher Prüfungsmaßnahme die Versäumnisse des Klägers bei der Behandlung von Arbeitslohn für Reinigungskräfte für den Beklagten erkennbar gewesen sein sollen.

Ausgehend von diesem Zeitpunkt hätte dargelegt werden müssen, für welche bereits abgerechneten Projekte entsprechende Nachzahlungen zur Finanzierung der nicht abgeführten Steuern noch hätten erhalten werden können und für welche Reinigungskosten im Rahmen noch kommender Projekte eine Falschbehandlung von vornherein vermieden worden wäre.

- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV
  - Unterschrift
  - Honorarklage
- (AG Dortmund, Urt. v. 15.1.1999 - 131 C 6383/98)

### Leitsätze (d.Red.):

1. Die Unterschrift i.S.d. § 9 StBGebV soll sicherstellen, daß ein Berufsangehöriger der steuerberatenden Berufe die Verantwortlichkeit für die Gebührenrechnung übernimmt und nicht ein Mitarbeiter.
2. Die Unterzeichnung ist spätestens durch die Unterzeichnung der Klageschrift durch den bevollmächtigten Rechtsanwalt erfolgt.

### Aus den Gründen:

Die in den Gebührenrechnungen vom 23.4.1997 in Höhe von 810,75 DM und 585,58 DM aufgrund des zwischen den Parteien bestehenden Beratungsvertrages berechneten Gebühren stehen der Klägerin zu. Insoweit sind gegenüber den schlüssig dargelegten Forderungen keine Einwände erhoben worden. Der einzige Einwand, daß die Forderungen mangels Unterzeichnung der Rechnungen noch nicht einforderbar i.S.d. § 9 Abs. 1 StBGebV waren, überzeugt nicht.

Zum einen sind die Rechnungen unterzeichnet. Ob die Unterschrift von einem Mitarbeiter der Klägerin aus dem Bereich der Steuerberater unterzeichnet worden ist, konnte das Gericht so ohne weiteres nicht feststellen. Das kann aber auch dahinstehen, **da die Unterzeichnung i.S.d. § 9 Abs. 1 spätestens durch die Unterzeichnung der Klageschrift durch einen Rechtsanwalt im Namen der durch Steuerberater als Geschäftsführer handelnden Klägerin erfolgt ist.**

Mit dem entsprechenden Klageauftrag haben sich diese Steuerberater hinter die Gebührenberechnung gestellt und damit ausreichend dem Sinn und Zweck des § 9 Rechnung getragen. **Durch die Unterzeichnung soll lediglich sichergestellt werden, daß ein Berufsangehöriger der steuerberatenden Berufe die Verantwortlichkeit für die Gebührenberechnung übernimmt und sie nicht etwa auf untergeordnete Mitarbeiter überträgt.** Rechtsvorschriften sind in erster Linie entsprechend dem Willen des Gesetzgebers und nicht etwa – wie vermutlich die Beklagtenseite meint – ausschließlich am Wortlaut orientiert auszulegen.

## GI Hinweise

**1. Unternehmensumwandlungen spielen in der Wirtschaftspraxis eine bedeutende Rolle. In der Dokumentation der „Kölner Tage des Arbeitsrechts“ werden die kollektiv- und individual-arbeitsrechtlichen Fragen, die sich bei der Umstrukturierung von Betrieben und Unternehmen ergeben, behandelt.**

Im ersten Teil werden die verschiedenen Formen der Umstrukturierung vorgestellt. Der Leser findet hier Ausführungen zu den brisanten Fragen der Betriebsänderung und zum Anwendungsbereich des § 613a BGB vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesarbeitsgerichts. Ebenso findet er eine Darstellung der spezifischen Fragen zum Arbeitsrecht in Umwandlungsgesetz.

Im zweiten Teil werden die Probleme bei der arbeitsrechtlichen Umsetzung der Umstrukturierung erörtert. Dabei fehlen Ausführungen zu den steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Konsequenzen bei der Beendigung von Arbeitsverhältnissen ebensowenig wie eine Erläuterung der Möglichkeiten und Grenzen der Anpassung von Arbeitsbedingungen.

Preis/Willemsen: Kölner Tage des Arbeitsrechts – Umstrukturierung von Betrieb und Unternehmen im Arbeitsrecht; herausgegeben von Prof. Dr. Ulrich Preis und FA für Arbeitsrecht Dr. Heinz Josef Willemsen, mit Beiträgen von Vors. Richter am BAG Prof. Dr. Reiner Ascheid, FA für Arbeitsrecht Dr. Jobst-Hubertus Bauer, FA für Arbeitsrecht Dr. Martin Diller, FA für Arbeitsrecht Dr. Peter Färber, FA für Arbeitsrecht Dr. Klaus-Stefan Hohenstatt, Prof. Dr. Wolfgang Hromadka, Prof. Dr. Detlev Joost, Prof. Dr. Dr. h.c. Manfred Löwisch, FA für Arbeitsrecht Dr. Wilhelm Moll, LL.M.; Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1999, 313 Seiten, Lexikonformat, geb., 128,- DM, ISBN 3-504-42004-9

**2. Die verdeckte Gewinnausschüttung gehört zu den zentralen Themen des Steuerrechts von Kapitalgesellschaften.**

Der Bundesfinanzhof hat den Anwendungsbereich der vGA allmählich erweitert. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Zuwendung an dritte Personen, die in einem besonderen Verhältnis zu einem Gesellschafter stehen.

Die Voraussetzungen dieser in der Praxis wichtigen vGA gegenüber nahestehenden Personen sind jedoch trotz der umfangreichen Rechtsprechung nicht befriedigend geklärt.

Stolze bringt Ordnung in die schwer durchschaubare Kasuistik und macht deutlich, daß das eigentliche Problem in dem konkreten Nachweis des Vorteils für den Gesellschafter und damit der gesellschaftlichen Ursache einer Wertabgabe besteht. Sie entwickelt ein abgestuftes System von Vermutungen und Beweislast im Recht der verdeckten Gewinnausschüttung und gibt dem Berater, der Finanzverwaltung und der Gerichtsbarkeit ein methodisch sauberes Instrumentarium an die Hand. Die Herausarbeitung von Fallgruppen ergibt eine Art Nachschlage-Leitfaden zur Bewältigung der vielfältigen Probleme.

Stolze, Marie-Theres: Verdeckte Gewinnausschüttung und nahestehende Personen; Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1999, 292 Seiten, DIN A 5, 128,- DM, ISBN 3-504-64224-6

**3. Angesichts der Liberalisierung des anwaltlichen Berufsrechts – namentlich des Rechts der Werbung – entscheidet ein geschicktes Marketing und ein effizientes Management immer häufiger über den beruflichen Erfolg des Anwalts.**

Dieses Handbuch gibt kleinen wie großen Kanzleien, jungen wie etablierten Anwälten wertvolle Anregungen, um ein professionelles, auf die individuellen Bedürfnisse der Mitarbeiter und Mandanten zugeschnittenes Marketing zu entwickeln und in die Praxis umzusetzen. Dabei fließen auch betriebswirtschaftliche und psychologische Aspekte in die Darstellung ein.

Es werden Themen behandelt wie die strategische Ausrichtung einer Anwaltskanzlei, Gründung und Unternehmensstruktur, Grundlagen des Dienstleistungsmarketings, interne Kanzleiorganisation und das Auftreten der Kanzlei nach außen.

Die Herausgeber, Dr. Wolfgang Hartung und Dr. Volker Römermann, ließen den reichen Erfahrungsschatz aus ihrer Praxis als Rechtsanwälte in dieses Werk einfließen. Beide sind durch zahlreiche Veröffentlichungen im Bereich des Anwaltsrechts als profunde Kenner der Materie ausgewiesen.

Dr. Wolfgang Hartung/Dr. Volker Römermann (Hrsg.): Marketing- und Management-Handbuch für Rechtsanwälte; Verlag C.H. Beck, 1999, rund 1073 Seiten, in Leinen, 228,- DM, Subskriptionspreis 198,- bis 30.11.1999, ISBN 3-406-45022-9



# Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

## Heft 1-10

|  |              |
|--|--------------|
| <b>Abfindungsvergleich</b>                   |              |
| - Vorbehalt                                  | 99, 133, 192 |
| <b>Abschlussprüfung</b>                      |              |
| - Bilanzmanipulation                         | 99, 218      |
| - Dritthaftung                               | 99, 218      |
| - Fortsetzungsprüfung                        |              |
| = Prüfungsumfang                             | 99, 248      |
| - Gründungsprüfung                           | 99, 225      |
| - Nachtragsprüfung (s. Fortsetzungsprüfung)  |              |
| <b>Akteneinsicht</b>                         |              |
| - > durch Haftpflichtversicherer             | 99, 161      |
| - Ermittlungsakten, StA                      | 99, 161      |
| <b>Allgemeine Auftragsbedingungen</b>        |              |
| - Dritthaftung                               | 99, 218      |
| - Einbeziehung                               | 99, 218      |
| <b>Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)</b> |              |
| - Honorarvereinbarung, Liquidator            |              |
| = Auslegung                                  | 99, 85       |
| <b>Amtspflichtverletzung</b>                 |              |
| - Rechtsberatung durch StB/WP                | 99, 161      |
| <b>Anerkenntnis</b>                          |              |
| - Verjährungsunterbrechung                   |              |
| = Zukunftsschaden                            | 99, 192      |
| <b>Anwaltsvertrag</b>                        |              |
| - RA und Aufsichtsrat                        | 99, 33       |
| - Zustandekommen des >                       | 99, 33       |
| <b>Arglistenwand</b>                         |              |
| - Schlichtungsklausel                        | 99, 216      |
| <b>Aufsichtsrat</b>                          |              |
| - Anwaltstätigkeit des >                     | 99, 33       |
| <b>Auskunftsvertrag</b>                      |              |
| - Zurechnungszusammenhang                    |              |
| = Zeitablauf                                 | 99, 176      |
| <b>Belehrungspflicht des RA</b>              |              |
| - >, baubegleitende                          | 99, 6        |
| <b>Belehrungspflicht des StB/WP</b>          |              |
| - Bilanzierungspflicht                       |              |
| = Kleingewerbetreibender                     | 99, 98       |
| - Entnahme, steuerfreie,                     |              |
| § 52 Abs. 15 Satz 8 Nr. 2 EStG               | 99, 18       |
| - Fehler des Vorberaters                     | 99, 197      |
| - Frist                                      |              |
| = Klage, aussichtslose                       | 99, 186      |
| - Investitionszulagenantrag                  | 99, 50       |
| - Kleingewerbetreibender                     |              |
| = Bilanz, unnötige                           | 99, 98       |
| - Reinvestitionsrücklage                     | 99, 171      |
| - Vollverzinsung, § 233a AO                  | 99, 199      |
| <b>Berichtigung, § 129 AO</b>                |              |
| - Einnahme-/Überschußrechnung                | 99, 46       |
| - USt-Vorauszahlung                          | 99, 46       |
| <b>Berufspflichtverletzung</b>               |              |
| - Mitteilung an Berufskammer                 | 99, 158      |
| <b>Berufsverbot</b>                          |              |
| - > des RA                                   |              |
| = wg. Verteidigerpost                        | 99, 75       |
| <b>Berufung</b>                              |              |
| - >, zweite                                  | 99, 12       |
| <b>Berufungsbegründung</b>                   |              |
| - Darlegungslast                             | 99, 186      |
| <b>Berufungsbegründungsfrist</b>             |              |
| - Antrag, mangelhafter                       | 99, 116      |
| - Fristenkontrolle                           | 99, 113, 117 |

|  |                      |
|--|----------------------|
| - Verlängerungsantrag, erster                    | 99, 83               |
| - Wiedereinsetzung                               | 99, 83               |
| <b>Berufungsfrist</b>                            |                      |
| - Parteibezeichnung                              | 99, 32               |
| <b>Berufungsschrift</b>                          |                      |
| - Auslegung der >                                | 99, 32               |
| - Falschbezeichnung, erkennbare                  | 99, 32               |
| <b>Beschlagnahmebeschluß</b>                     |                      |
| - Bestimmtheit                                   | 99, 203              |
| - Bilanzen etc.                                  | 99, 203              |
| <b>Betrug</b>                                    |                      |
| - Zahlungsunfähigkeit, Bestellung                | 99, 24               |
| <b>Beweislast</b>                                |                      |
| - Anscheinsbeweis                                |                      |
| = Rechtsauffassung des FA                        | 99, 147              |
| - Aufklärung/Belehrung, unterlassene             |                      |
| = > des Steuerberaters                           | 99, 246              |
| - Beratung, unterlassene                         |                      |
| = Substantiierung                                | 99, 246              |
| - Betriebsprüfungsbericht                        | 99, 147              |
| - Honorarrückforderung                           | 99, 39               |
| - Sitzungsprotokoll                              | 99, 73               |
| - Vergleichsinhalt                               | 99, 73               |
| <b>Buchführungsauftrag</b>                       |                      |
| - Belehrungspflichten                            |                      |
| = Auslandsrechnung, § 51 UStDV                   | 99, 211              |
| - Neuerstellung                                  |                      |
| = Darlegungslast                                 | 99, 197              |
| - Vorkontierung des Mandanten                    | 99, 211              |
| <b>Darlegungslast</b>                            |                      |
| - Buchführung, Neuerstellung                     | 99, 197              |
| - Nachbesserung                                  | 99, 197              |
| <b>Dritthaftung</b>                              |                      |
| - Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter    |                      |
| = Allgemeine Auftragsbedingungen                 | 99, 218              |
| = Auskunft                                       | 99, 176              |
| = Bilanzmanipulation                             | 99, 218              |
| = Dritte, Kreis der >                            | 99, 218              |
| = Finanzierungsmaßnahme, konkrete                | 99, 218              |
| = Kreditgeber                                    | 99, 218              |
| <b>Entnahme</b>                                  |                      |
| - >, steuerfreie, § 52 Abs. 15 Satz 8 Nr. 2 EStG | 99, 18               |
| <b>Erhaltungsmodell</b>                          |                      |
| - Steuervorteile                                 | 99, 138              |
| <b>Finanzgerichtsordnung</b>                     |                      |
| - Vorbringen, verspätetes, § 79b Abs. 2 FGO      |                      |
| = Unterlagen beim Konkursverwalter               | 99, 24               |
| <b>Firma</b>                                     |                      |
| - Zusatz „und Partner“                           | 99, 49               |
| <b>Fristenkontrolle</b>                          |                      |
| - Berufungsbegründungsfrist                      | 99, 113, 116, 117    |
| - Bote   | 99, 29               |
| - Empfangsbekanntnis                             | 99, 25               |
| - Fristenkontrollbuch                            |                      |
| = Erledigungskontrolle                           | 99, 12               |
| = >, EDV-gestütztes                              | 99, 113              |
| = Fristverfügung, Klebezettel                    | 99, 83               |
| = Organisationsanweisung                         | 99, 61, 112          |
| = Organisationsverschulden,                      |                      |
| Klebezettel                                      | 99, 83               |
| = Streichung der Frist                           | 99, 28               |
| - Fristversäumnis, unverschuldetes               |                      |
| = Anweisung                                      |                      |
| = > an Bürokraft                                 | 99, 12, 61, 112, 238 |
| = Klebezettel                                    | 99, 83               |
| = Beförderung der Post                           |                      |
| = > durch Mitarbeiter                            | 99, 29               |
| = > durch Kurierdienst                           | 99, 236              |
| = Brief an unzuständiges Gericht                 | 99, 4                |
| = Empfangsbekanntnis,                            |                      |
| Postlaufzeit                                     | 99, 236              |
| = Unterzeichnung des >                           | 99, 12               |
| = Verkehrsstau                                   | 99, 141              |
| = Verschuldensmaßstab                            | 99, 141              |
| = Wartepflicht des Gerichts                      | 99, 141              |

- = Weiterleitung durch Gericht 99, 4
- Kanzlei, gemischte 99, 117
- Organisationsanweisung
  - = Anruf des Gerichts 99, 30
  - = Briefbeförderung 99, 238
  - = EDV-Kontrollausdruck 99, 113
  - = Faxnummer, falsche 99, 61
  - = Fristenkontrollbuch 99, 61, 112
  - = Gerichtspost 99, 28
- Telefax
  - = Nummer, falsche 99, 61
- Vorfrist 99, 170

#### Gerichtsstand

- Honorarklage 99, 241
- Zuständigkeitsbestimmung 99, 241

#### Gesamtschuld/-schuldner

- Verkehrs- und Prozeßanwalt 99, 124

#### Gewinnermittlung

- Wahl der Art der > 99, 66

#### GI Aktuell

- Aktivierung, Gewinnansprüche 99, 81
- Antragsunterschrift, InvZul
  - = Telefax 99, 81
- Belastung, außergewöhnliche
  - = Befruchtung, künstliche 99, 210
- Berufsausbildung
  - = Berufspflichtverletzung 99, 237
  - = Mitteilung an Berufskammer 99, 158
- BVerfG-Urteile zur Familienbesteuerung
  - = Folgen 99, 60
- Einkommensteuertarif 99, 132
- Existenzminimum 99, 54
- Fristversäumnis, Verkehrsstau 99, 4
- Fristwahrung, Postversand 99, 236
- Gewerbeertragsteuer 99, 28
- Haushaltsfreibetrag
  - = bei Ehegatten 99, 54
- Kinderbetreuungskosten
  - = bei Ehegatten 99, 54
- Kinderfreibeträge 99, 58
- Kindergeld
  - = Berufsausbildung 99, 237
- Kündigungsfrist
  - = Insolvenz (Konkurs) 99, 185
- Lebensversicherung
  - = Vertragsänderung 99, 107
- Lohnsteuer
  - = ArbG-Beiträge, Gruppenversicherung 99, 184
  - = Trinkgelder 99, 108
- Postversand, Beförderungsrisiko 99, 236
- Restitutionsklage, Anmeldefrist 99, 2
- Schriftformerfordernis
  - = Urkunde, Anlagen 99, 184
- Schuldzinsen, private 99, 4
- Schuldzinsenabzug, Baudarlehen 99, 81
- Telefax
  - = Unterschrift 99, 81
  - = Vergütung, Urheberrechtliche 99, 82
- Telefonwerbung 99, 106
- Versicherungsbedingungen
  - = Anpassungsklausel 99, 107
- Zinsbesteuerung verfassungsgemäß 99, 80
- Zulassung, Rechtsanwalt, DDR 99, 2

#### GmbH

- Auflösung
  - = Gründungsgesellschaft 99, 174
- Bareinlageverpflichtung 99, 20
- Geschäftsführer
  - = Einlagebestätigung 99, 20

#### Gründungsprüfung

- Bewertungsfehler 99, 225

#### Hilfeleistung in Steuersachen

- siehe unter Steuerberatungsgesetz

#### Honoraranspruch des RA

- Belehrungspflicht über > 99, 33
- Einforderbarkeit, Fälligkeit 99, 33
- Honorarvereinbarung
  - = Auslegung 99, 85

- Liquidator 99, 85
- Rechtsbeistandstätigkeit 99, 33
- Rechtsberatung, telefonische 99, 203
- Zeitvergütung, Einziehung 99, 203

#### Honoraranspruch des StB/WP

- Abschlagszahlungen
  - = Verrechnung 99, 64
- Änderung der Rechnung
  - = > im Gebührenrechtsstreit 99, 71
- Bereicherung, ungerechtfertigte 99, 174
- Bereicherungsanspruch
  - = > des Mandanten 99, 39
  - (s. auch Rückforderungsanspruch, § 812 BGB) 99, 125
- Bestimmungsrecht, § 315 BGB 99, 39
- Betriebsprüfung 99, 196
- Bilanz, unnötige 99, 98
- Buchführung
  - = Abstimmung 99, 151
  - = Einrichten der >, §§ 32, 13 StBGebV 99, 71
  - = Rahmensatz 99, 71
  - = Tätigkeiten, sonstige, § 33 Abs. 7 StBGebV 99, 71
  - = Überschuldungsrechnung, § 33 StBGebV 99, 66
  - = Verprobung 99, 151
- DATEV-Gebühren 99, 151
- Ehegattenveranlagung
  - = Erhöhungsgebühr, § 6 StBGebV 99, 204
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV
  - = Einzelangaben, nachträgliche 99, 71
  - = Unterschrift 99, 255
- Erfüllungsort 99, 241
- Ermittlungsverfahren, § 31 StBGebV 99, 39
- Fälligkeit, § 7 StBGebV 99, 42
- Fristverlängerungsantrag 99, 204
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV
  - = Bestimmungsrecht, Festlegung 99, 39, 64
  - = Buchführung 99, 71
  - = Darlegungslast 99, 66
  - = Gegenstandswert, falscher 99, 204
  - = Lohnbuchhaltung 99, 71
  - = Mittelgebühr 99, 229
- Gerichtsstand für Klagerecht
  - = Zuständigkeitsbestimmung 99, 241
  - = > gg. Kommanditisten 99, 194
- Kleingewerbetreibender 99, 98
- Leistungsort 99, 241
- Lohnbuchhaltung, § 34 StBGebV
  - = Rahmensatz 99, 71
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV
  - = Vereinbarung, unwirksame 99, 64
- Rechnung, fehlerhafte
  - = Nachbesserung 99, 39
- Rückforderungsanspruch, § 812 BGB 99, 125
- Schlechtleistung 99, 125
- Tätigkeit, sonstige, § 33 Abs. 7 StBGebV 99, 71
- Unternehmensberatung 99, 193
- Unterzeichnung der Rechnung 99, 255
- Verjährungsbeginn, § 196 Abs. 1 Nr. 15 99, 42
- Vorschuß
  - = Rückzahlung des > 99, 174
- Wirtschaftsberatung 99, 193
- Zeitgebühr/-honorar
  - = Angaben, § 13 StBGebV 99, 42
  - = Betriebsprüfung 99, 196
  - = Einrichten der Buchführung 99, 71
  - = Ermittlungsverfahren 99, 39
  - = Mittelgebühr 99, 71, 196
  - = Steuerfachgehilfe 99, 229
  - = Tätigkeiten, sonstige, § 33 Abs. 7 StBGebV 99, 71
  - = Vorarbeiten für Steuererklärung 99, 229

#### Immobilienverkauf

- Beratungsvertrag 99, 138
- Berechnung der Steuervorteile 99, 138

#### Internet

- Werbeverbot
  - = Gästebuch 99, 185

#### Investitionszulage

- Auftrag zur Beantragung der > 99, 50
- Betriebsvorrichtung 99, 50
- Ladeneinbau 99, 50
- Unterschrift 99, 81

|  |             |   |              |
|--|-------------|---|--------------|
| <b>Kausalität</b>                          |             |   |              |
| - Information des Mandanten                | 99, 43      | - Tätigkeitsschwerpunkt                             | 99, 100      |
| - > zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden |             | = Forderungseinzug                                  | 99, 44       |
| = Entscheidung des Gerichts                | 99, 69      | - Untätigkeit                                       |              |
| = § 6b EStG - Beratung                     | 99, 171     | - Verfahren, berufsgerichtliches                    | 99, 239      |
| = Verhalten, beratungskonformes            | 99, 91, 171 | = Bindungswirkung, Strafbefehl                      | 99, 44, 192  |
| - Unterbrechung der >                      |             | - Versicherungsmandat                               | 99, 124      |
| = Rechtsanwalt, neuer                      | 99, 44      | - Verkehrs-/Prozeßanwalt                            |              |
| - Zurechnungszusammenhang                  |             | - Vertreter   |              |
| = Zeitablauf                               | 99, 176     | = Rechtsmittelschrift                               | 99, 115      |
|  |             | = >, amtlich bestellter                             | 99, 115      |
| <b>Klageauftrag</b>                        |             | <b>Rechtsberatung/Rechtsbesorgung</b>               |              |
| - Belehrung über Fristen                   |             | - Amtspflichtverletzung wg. >                       | 99, 161      |
| = Aussichtslosigkeit                       | 99, 186     | - > durch Wirtschaftsprüfer, Art. 1 § 5 Nr. 2 RBERG |              |
| <b>Kommanditgesellschaft</b>               |             | = Vertragsberatung                                  | 99, 50       |
| - Kommanditist                             |             | - >, telefonische                                   |              |
| = Einlage, Rückzahlung                     | 99, 194     | = Zeitvergütung, Einziehung                         | 99, 203      |
| = Haftung                                  | 99, 194     | - Unternehmensberatung                              | 99, 185, 193 |
| <b>Kostenerstattung</b>                    |             | - Wirtschaftsberatung                               | 99, 193      |
| - RA-Honorar, Straßenneubau                | 99, 203     | <b>Rechtsmittel</b>                                 |              |
| - StB-Kosten                               | 99, 18      | - Gerichtsentscheidung                              |              |
| <b>Liquidator</b>                          |             | = Form, falsche                                     | 99, 61       |
| - Honorar                                  |             | = Meistbegünstigungsgrundsatz                       | 99, 61       |
| = Sondervergütung                          | 99, 85      | - >, einheitliches                                  | 99, 12       |
| <b>Mandatsniederlegung</b>                 |             | - >, wiederholtes                                   | 99, 12       |
| - Fristenlauf                              | 99, 29      | <b>Rechtswidrigkeitszusammenhang</b>                |              |
| - Mitteilungspflicht                       | 99, 29      | - Zeitablauf  | 99, 176      |
| <b>Mittelverwendungskontrolle</b>          |             | <b>Schaden</b>                                      |              |
| - Mandatsumfang                            | 99, 252     | - Eigentumswohnung                                  | 99, 16       |
| - Verein, gemeinnütziger                   | 99, 252     | - Honorar an StB                                    | 99, 125      |
| <b>Mitverschulden</b>                      |             | - Kalkulationsschaden, USt                          | 99, 22       |
| - Bareinlage, GmbH                         | 99, 20      | - Kosten des StB                                    | 99, 18       |
| - Fristüberwachung                         | 99, 199     | - Nachbesserungskosten                              | 99, 125      |
| - Informationen an RA                      |             | - Prozeßverlust                                     | 99, 69       |
| = > durch Mandanten                        | 99, 108     | - Schadenbetrachtung, konsolidierte                 |              |
| - Informationen an StB                     | 99, 43      | = Eigentumswohnung                                  | 99, 16       |
| - Prüfungspflicht des Mandanten            | 99, 25      | - Sozialversicherungsbeiträge                       | 99, 119      |
| - Rechtsmittel, unterlassenes              | 99, 246     | - Sozialversicherungshaftung                        | 99, 119      |
| - Steuererklärung                          |             | - Steuerzinsen                                      | 99, 147      |
| = Zinserträge                              | 99, 25      | - Umsatzsteuer                                      | 99, 22       |
| <b>Nachbesserung</b>                       |             | - Verzugsschaden                                    | 99, 69       |
| - Darlegungslast                           | 99, 197     | - Zinsschaden                                       |              |
| - Kosten der >                             | 99, 197     | = Berechnung, abstrakte                             | 99, 161      |
| - Rechnung, fehlerhafte                    | 99, 39      | <b>Schädigung, sittenwidrige, § 826 BGB</b>         |              |
| - Schaden                                  | 99, 125     | - Auskunft  | 99, 176      |
| <b>Notar</b>                               |             | - Zurechnungszusammenhang                           |              |
| - Belehrungspflichten                      |             | = Zeitablauf  | 99, 176      |
| = Vorleistungen, ungesicherte              | 99, 91      | <b>Schlichtungsklausel</b>                          |              |
| - Löschungsurkunde                         | 99, 161     | - Praxisveräußerung                                 | 99, 216      |
| - Tätigkeit, betreuende, § 24 BNotO        |             | <b>Sozialrecht</b>                                  |              |
| = Löschungsurkunde, Treuhandaufgabe        | 99, 161     | - Beratung durch StB/WP                             | 99, 119      |
| - Vorleistungen, ungesicherte              |             | <b>Sozietät</b>                                     |              |
| = Grundstück an Liebhaber                  | 99, 91      | - >, überörtliche                                   | 99, 75       |
| <b>Praxisveräußerung</b>                   |             | = Rechtsanwalt                                      | 99, 75       |
| - Arglistenwand                            | 99, 216     | = Zweigstellenverbot                                | 99, 75       |
| - Schlichtungsklausel                      | 99, 216     | <b>Steuerberater</b>                                |              |
| <b>Prozeßvollmacht</b>                     |             | - > und Rechtsanwalt                                |              |
| - BGB-Gesellschaft                         | 99, 49      | = Kammerbeitrag                                     | 99, 213      |
| <b>Rechtsanwalt</b>                        |             | - Wechsel des >                                     | 99, 147      |
| - Belehrungspflicht                        |             | <b>Steuerberaterkammer</b>                          |              |
| = Vergütungsanspruch                       | 99, 33      | - Berufspflichtverletzung, Mitteilung an >          | 99, 158      |
| - Beratungspflichten                       |             | <b>Steuerberatungsgesetz</b>                        |              |
| = Bauvertrag                               | 99, 6       | - § 33, Hilfeleistung in Steuersachen               |              |
| - Grundsatz des sichersten Weges           | 99, 124     | = Sozialversicherungsberatung                       | 99, 119      |
| - Kündigungsschutzklage                    |             | <b>Steuerberatungsvertrag</b>                       |              |
| = Sachverhaltsaufklärung                   | 99, 108     | - Inhalt des >                                      |              |
| = zwei Kündigungserklärungen               | 99, 108     | = Mittelverwendung                                  | 99, 252      |
| - Liebhaberei                              | 99, 26      | - Investitionszulagenantrag                         | 99, 50       |
| - > und Steuerberater                      |             | - Kreditvermittlung                                 | 99, 15       |
| = Kammerbeitrag                            | 99, 213     | - Nachbesserungsrecht                               | 99, 197      |
| - Sachverhaltsermittlung                   | 99, 108     | - Pflicht   |              |
| - Syndikus                                 |             | = > zur Rundumbetreuung                             | 99, 252      |
| = Berufsfreiheit                           | 99, 134     | - Regreß gg. Vorberater                             | 99, 197      |
| = Mandatsvertrag, nichtiger                | 99, 134     | - Sozialversicherungsberatung                       | 99, 119      |
| = Tätigkeitsverbot                         | 99, 134     | - Zustandekommen des >                              |              |

|  |              |   |         |
|--|--------------|---|---------|
| = Abschluß, stillschweigender              | 99, 15       | <b>Vertrauensschadenversicherung</b>        |         |
| = > mit Mitarbeiter                        | 99, 22       | - Verschulden des Geschädigten              | 99, 133 |
| <b>Steuerbescheid</b>                      |              | <b>Verzug</b>                               |         |
| - Übersendungsart                          | 99, 43       | - > des Steuerberaters                      | 99, 69  |
| <b>Steuererklärung</b>                     |              | <b>Vollmacht</b>                            |         |
| - Abgabe, rechtzeitig                      | 99, 69       | - Anscheinsvollmacht                        | 99, 26  |
| <b>Umsatzsteuer</b>                        |              | - Rechtsbehelfsverfahren                    | 99, 26  |
| - Auslandsrechnung                         |              | <b>Vollverzinsung, § 233a AO</b>            |         |
| = Leistungsempfänger deutsch               | 99, 211      | - Belehrung, Vermeidungsstrategie           | 99, 199 |
| = Mehrwertsteuerausweis, offener           | 99, 211      | - Mitverschulden                            | 99, 199 |
| <b>Unternehmensberater</b>                 |              | <b>Vorteilsausgleichung</b>                 |         |
| - Rechtsberatung                           | 99, 185      | - Steuerzinsen, § 233 AO                    | 99, 147 |
| <b>Unterschrift</b>                        |              | <b>Werbeverbot</b>                          |         |
| - Honorarrechnung                          |              | - Internet                                  | 99, 185 |
| = Klageschrift                             | 99, 255      | - Leistungsbeschreibung                     | 99, 75  |
| - Wiedereinsetzung                         | 99, 5        | - Notar                                     |         |
| <b>Ursachenzusammenhang</b>                |              | = Briefbogen, Farbe                         | 99, 100 |
| - siehe unter Kausalität                   |              | - Praxisbroschüre                           | 99, 75  |
| <b>Verfahren, berufsgerichtliches</b>      |              | - Qualitätswerbung                          | 99, 203 |
| - Bindung, Strafbefehl                     | 99, 239      | - Selbstdarstellung, erlaubte               | 99, 24  |
| <b>Verjährung, § 196 Abs. 1 Nr. 5 BGB</b>  |              | - Sozietät, gemischte                       | 99, 24  |
| - Rechnung, verzögerte                     | 99, 229      | - Telefonberatung                           | 99, 203 |
| - Unterbrechung der >                      | 99, 229      | <b>Wettbewerb, unlauterer</b>               |         |
| <b>Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO</b>   |              | - Qualitätswerbung                          | 99, 203 |
| - Kenntnis des Ersatzpflichtigen           |              | - Telefonauskunft                           | 99, 203 |
| = Ausschluß anderweitiger Ersatz-          |              | - Unterlassungsanspruch                     |         |
| möglichkeit                                | 99, 188      | = > gg. Sozietät                            | 99, 203 |
| - Verjährungsbeginn                        |              | <b>Wettbewerbsverbot</b>                    |         |
| = Ersatzmöglichkeit, anderweitige          | 99, 161, 188 | - Sittenwidrigkeit                          | 99, 101 |
| <b>Verjährung, § 51b BRAO</b>              |              | - >, nachvertragliches                      | 99, 101 |
| - Belehrung über Fehler und Verjährungs-   |              | <b>Wiedereinsetzung</b>                     |         |
| vorschrift, Sekundäranspruch               |              | - Berufungsbegründungsfrist (s. dort)       |         |
| = Anlaß zur Belehrung                      | 99, 161      | - Beschwerde                                |         |
| = Kenntnis des Fehlers und Verjährungs-    |              | = Sachvortrag, Zuverlässigkeit              | 99, 238 |
| vorschrift                                 | 99, 161      | - Unterschrift                              | 99, 5   |
| = Mandant, Volljurist                      | 99, 161      | - Vertrauensschutz                          | 99, 5   |
| = RA, neuer                                | 99, 161      | <b>Wirtschaftsberatung</b>                  |         |
| <b>Verjährung, § 68 StBerG, § 51a WPO</b>  |              | - Rechtsberatung                            | 99, 193 |
| - Belehrungspflicht über Fehler und        |              | <b>Wirtschaftsprüfer</b>                    |         |
| Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch    |              | - Ersatzanspruch                            |         |
| = Anlaß für >                              | 99, 242      | = >, abgetretener                           | 99, 161 |
| - Verjährungsbeginn                        |              | = > wg. Amtspflichtverletzung               | 99, 161 |
| = Fristversäumnis                          | 99, 242      | - WP-Gesellschaft                           |         |
| = Kenntnis des Mandanten                   | 99, 242      | = Niederlassungsleiter                      | 99, 100 |
| - Verjährungshemmung                       |              | <b>Zinsschaden</b>                          |         |
| = Ende der >                               | 99, 242      | - Berechnung, abstrakte                     | 99, 161 |
| = FG-Verfahren                             | 99, 242      | <b>Zugang</b>                               |         |
| <b>Verjährungsunterbrechung</b>            |              | - Übersendungsart                           | 99, 43  |
| - Klage, unzulässige                       | 99, 229      | <b>Zweigstellenverbot, § 28 Abs. 1 BRAO</b> | 99, 75  |
| - Rechnung, verzögerte                     | 99, 229      |   |         |
| <b>Versäumnisurteil</b>                    |              | BVerfG v. 24.7.1997 - 1 BvR 1863/96         | 99, 100 |
| - >, zweites                               | 99, 12       | = WPK-Mitt 97, 317                          |         |
| - Wartepflicht des Gerichts                | 99, 141      | BVerfG v. 20.10.1998 - 1 BvR 1730/98        | 99, 2   |
| <b>Verschulden</b>                         |              | BVerfG v. 10.11.1998 - 2 BvR 1057/91        | 99, 54  |
| - Kollegialgerichtsentscheidung            |              | BVerfG v. 10.11.1998 - 2 BvL 42/93          | 99, 58  |
| = Steuerberater                            | 99, 242      | BVerfG v. 10.11.1998 - 2 BvR 1852/53/97     | 99, 58  |
| <b>Versicherungsberatung</b>               |              | BVerfG v. 17.11.1998 - 1 BvL 10/98          | 99, 28  |
| - Rechtsanwalt                             |              | BVerfG v. 26.11.1998 - 1 BvR 2069/98        | 99, 2   |
| = Brandschaden                             | 99, 44       | BVerfG v. 23.8.1999 - 1 BvR 1138/97         | 99, 236 |
| = Kfz.-Schaden                             | 99, 192      |   |         |
| - Verjährung, §§ 852 BGB, 14 StVG, 3 PflVG | 99, 192      | BGH v. 21.4.1997 - II ZB 14/96              | 99, 49  |
| <b>Versicherungsschutz</b>                 |              | = WPK-Mitt 97, 244                          |         |
| - Abfindung unter Vorbehalt                | 99, 133      | BGH v. 26.5.1997 - AnwZ (B) 64/96           | 99, 100 |
| - Akteneinsicht                            |              | = WPK-Mitt 97, 322                          |         |
| = Ermittlungsakten, StA                    | 99, 161      | BGH v. 14.7.1997 - II ZR 238/96             | 99, 101 |
| - Rechtsschutzversicherung                 |              | = WM 97, 1707                               |         |
| = Kostenerhöhung, unnötige                 | 99, 48       | BGH v. 19.12.1997 - 2 StR 420/97            | 99, 24  |
| = Obliegenheitsverletzung                  | 99, 48       | = wistra 98, 177                            |         |
| - Verjährung                               | 99, 133      | BGH v. 17.2.1998 - 1 StR 5/98               | 99, 24  |
| - Vertrauensschadenversicherung            | 99, 133      | = wistra 98, 179                            |         |
| <b>Verspätungszuschläge</b>                |              | BGH v. 2.4.1998 - I ZR 4/96                 | 99, 75  |
| - Verzugschaden                            | 99, 69       | = AnwBl 98, 604                             |         |
|  |              | BGH v. 2.7.1998 - IX ZR 63/97               | 99, 33  |
|  |              | BGH v. 16.7.1998 - VII ZR 409/97            | 99, 12  |

|   |            |  |         |
|---|------------|--|---------|
| BGH v. 16.7.1998 - VII ZB 7/98                    | 99, 32     | OLG München v. 27.2.1998 - 21 U 4491/97          | 99, 124 |
| BGH v. 30.7.1998 - III ZB 7/98                    | 99, 12     | = AnwBl 98, 608                                  |         |
| BGH v. 20.8.1998 - VII ZB 6/98                    | 99, 30     | OLG München v. 21.7.1998 - 5 U 5920/976          | 99, 192 |
| BGH v. 10.9.1998 - II ZB 21/98                    | 99, 29     | = AnwBl 98, 609                                  |         |
| BGH v. 17.9.1998 - I ZB 33/98                     | 99, 117    |  |         |
| BGH v. 17.9.1998 - IX ZR 237/97                   | 99, 85     | OLG Nürnberg v. 18.12.1996 - 4 U 3322/96         | 99, 161 |
| BGH v. 17.9.1998 - IX ZR 291/97                   | 99, 6      | = RBeistand 98, 29                               |         |
| BGH v. 28.9.1998 - II ZB 19/98                    | 99, 5      | OLG Nürnberg v. 23.3.1999 - 3 U 3977/98          | 99, 185 |
| BGH v. 30.9.1998 - IV ZR 323/97                   | 99, 133    | = OLG-Report 99, 199                             |         |
| = NVersR 99, 44                                   |            |  |         |
| BGH v. 8.10.1998 - VII ZB 21/98                   | 99, 116    |  |         |
| BGH v. 12.10.1998 - II ZB 11/98                   | 99, 113    | LG Aschaffenburg v. 7.5.1998 - 2 S 289/97        | 99, 229 |
| BGH v. 22.10.1998 - VII ZB 15/98                  | 99, 115    | LG Berlin v. 16.9.1998 - 22 O 294, 98, rkr.      | 99, 252 |
| BGH v. 27.10.1998 - X ZB 20/98                    | 99, 112    | LG Bonn v. 13.5.1998 - 5 S 199/97                | 99, 18  |
| BGH v. 3.11.1998 - VI ZB 29/98                    | 99, 61     | LG Chemnitz v. 15.1.1999 - 5 Qs 2/99             | 99, 203 |
| BGH v. 11.11.1998 - VIII ZB 24/98                 | 99, 83     | = wistra 99, 154                                 |         |
| BGH v. 18.11.1998 - VIII ZR 344/97                | 99, 216    | LG Düsseldorf v. 9.6.1998 - 7 O 364/97           | 99, 125 |
| BGH v. 19.11.1998 - IX ZR 152/98                  | 99, 4, 141 | LG Frankfurt/O. v. 30.9.1998 - 13 O 154/98, rkr. | 99, 147 |
| BGH v. 27.11.1998 - V ZR 344/97                   | 99, 138    | LG Freiburg v. 30.9.1997 - StL 1/97              | 99, 75  |
| BGH v. 10.12.1998 - IX ZR 358/97                  | 99, 171    | = WPK-Mitt 98, 337                               |         |
| BGH v. 17.12.1998 - VII ZB 19/98                  | 99, 83     | LG Krefeld v. 10.1.1997 - 1 S 115/96, rkr.       | 99, 98  |
| BGH v. 25.1.1999 - AnwZ (B) 48/98                 | 99, 213    | LG Leipzig v. 9.3.1998 - 6 Qs 160/97             | 99, 161 |
| BGH v. 28.1.1999 - I ZR 208/96                    | 99, 82     | = RBeistand 98, 70                               |         |
| BGH v. 11.2.1999 - IX ZR 14/98                    | 99, 108    | LG Lüneburg v. 26.8.1997 - 3 O 402/96, rkr.      | 99, 20  |
| BGH v. 25.2.1999 - IX ZR 384/97                   | 99, 134    | LG Marburg v. 14.10.1998 - 5 S 14/98, rkr.       | 99, 22  |
| BGH v. 25.2.1999 - IX ZR 30/98                    | 99, 188    |  |         |
| BGH v. 9.3.1999 - VI ZB 3/99                      | 99, 170    |  |         |
| BGH v. 11.3.1999 - III ZR 156/98                  | 99, 203    | AG Bremen v. 19.8.1998 - 25 C 0146/98            | 99, 48  |
| BGH v. 16.3.1999 - XI ZR 76/98                    | 99, 106    | AG Dortmund v. 15.1.1999 - 131 C 6383/98         | 99, 255 |
| BGH v. 17.3.1999 - IV ZR 218/97                   | 99, 107    | AG Duisburg-Hamborn v. 28.10.1997 - 7 C 698/97   | 99, 151 |
| BGH v. 12.4.1999 - AnwSt (R) 11/98                | 99, 239    | AG Kassel v. 24.8.1998 - 415 C 5461/97, rkr.     | 99, 199 |
| BGH v. 15.4.1999 - IX ZR 328/97                   | 99, 161    | AG Neuss v. 21.8.1998 - 39 C 282/96              | 99, 204 |
| BGH v. 22.4.1999 - IX ZR 112/98                   | 99, 211    | = StB 99, 61 m. Anm. Späth                       |         |
| BGH v. 6.5.1999 - VII ZB 6/99                     | 99, 238    |  |         |
| BGH v. 11.5.1999 - IX ZR 298/97                   | 99, 186    |  |         |
| BGH v. 30.6.1999 - XII ZR 55/97                   | 99, 184    |  |         |
|   |            | BFH v. 15.10.1996 - VII B 119/96                 | 99, 24  |
| OLG Dresden v. 9.2.1998 - 17 U 267/97             | 99, 73     | = BFH/NV 97, 514                                 |         |
| OLG Dresden v. 9.6.1998 - 14 U 3245/97            | 99, 24     | BFH v. 31.10.1996 - VIII B 11/96                 | 99, 25  |
| = BRAK-Mitt 98, 235                               |            | = BFH/NV 97, 459                                 |         |
|   |            | BFH v. 8.11.1996 - VII R 89/96                   | 99, 4   |
| OLG Düsseldorf v. 13.2.1997 - 13 U 281/93         | 99, 16     | = BFH/NV 97, 492                                 |         |
| OLG Düsseldorf v. 23.10.1997 - 13 U 225/96        | 99, 15     | BFH v. 28.11.1996 - XI R 76/95                   | 99, 4   |
| OLG Düsseldorf v. 20.11.1997 - 13 U 25/97         | 99, 64     | = BFH/NV 97, 497                                 |         |
| OLG Düsseldorf v. 20.11.1997 - 13 U 32/97         | 99, 66     | BFH v. 4.12.1996 - IV B 51/96                    | 99, 26  |
| OLG Düsseldorf v. 8.1.1998 - 13 U 8/97            | 99, 197    | = BFH/NV 97, 500                                 |         |
| OLG Düsseldorf v. 8.1.1998 - 13 U 57/97           | 99, 242    | BFH v. 12.2.1997 - X B 146/96                    | 99, 26  |
| OLG Düsseldorf v. 26.2.1998 - 13 U 61/97          | 99, 119    | = BFH/NV 97, 542                                 |         |
| OLG Düsseldorf v. 5.3.1998 - 13 U 84/97           | 99, 174    | BFH v. 10.3.1997 - V R 63/96                     | 99, 49  |
| OLG Düsseldorf v. 26.3.1998 - 13 U 63/97          | 99, 196    | = BFH/NV 97, 770                                 |         |
| OLG Düsseldorf v. 2.4.1998 - 13 U 86/96           | 99, 39     | BFH v. 13.3.1997 - III B 135/96                  | 99, 28  |
| OLG Düsseldorf v. 4.6.1998 - 13 U 151/97          | 99, 42     | = BFH/NV 97, 773                                 |         |
| OLG Düsseldorf v. 4.6.1998 - 13 U 154/97          | 99, 194    | BFH v. 13.3.1997 - III B 185/96                  | 99, 28  |
| OLG Düsseldorf v. 9.7.1998 - 13 U 164/97          | 99, 69     | = BFH/NV 97, 773                                 |         |
| OLG Düsseldorf v. 10.12.1998 - 13 U 231/97        | 99, 71     | BFH v. 22.4.1998 - XI R 10/97                    | 99, 26  |
| OLG Düsseldorf v. 15.12.1998 - 24 U 27/98, rkr.   | 99, 218    | = NJW 98, 2471                                   |         |
|   |            | BFH v. 27.10.1998 - IX R 44/95                   | 99, 81  |
| OLG Frankfurt v. 27.6.1997 - 24 U 202/95          | 99, 246    | BFH v. 27.10.1998 - IX R 19/96 + 29/96           | 99, 81  |
| OLG Frankfurt v. 5.11.1998 - 6 U 130/98           | 99, 203    | BFH v. 26.11.1998 - IV R 52/96                   | 99, 81  |
| = EWIR 99, 161, Anm. Henssler                     |            | BFH v. 15.12.1998 - VIII R 6/98                  | 99, 80  |
| OLG Frankfurt v. 19.2.1999 - 24 U 85/97           | 99, 185    | BFH v. 17.12.1998 - III R 87/96                  | 99, 81  |
| = OLG-Report 99, 179                              |            | BFH v. 19.2.1999 - VI R 43/95                    | 99, 108 |
|   |            | BFH v. 16.4.1999 - VI R 60/96 + 66/97            | 99, 184 |
| OLG Hamm v. 21.3.1997 - 25 U 110/96               | 99, 25     | BFH v. 18.5.1999 - III R 46/97                   | 99, 210 |
| = NWB Fach 30, 1127                               |            |  |         |
| OLG Hamm v. 18.6.1997 - 25 U 6/97;                | 99, 248    | FG Berlin v. 20.11.1998 - 8 K 8072/97            | 99, 46  |
| Vorinstanz: LG Bochum, GI 97, 173                 |            | FG Brandenburg v. 10.11.1993                     | 99, 50  |
| OLG Hamm v. 14.9.1998 - 6 U 48/98                 | 99, 133    | - 2 K 154/92 I                                   |         |
| = OLG-Report 99, 69                               |            |  |         |
| OLG Hamm v. 6.10.1998 - 1 Sbd 46/98               | 99, 241    |  |         |
| OLG Hamm v. 21.10.1998 - 25 U 95/97               | 99, 225    | BAG v. 16.6.1999 - 4 AZR 191/98                  | 99, 185 |
| OLG Jena v. 4.8.1998 - 8 U 391/98                 | 99, 176    |  |         |
|   |            | Schleswig-Holst. Amtsgerichtshof                 |         |
| OLG Karlsruhe v. 22.12.1994 - 18a U 12/94, rkr.   | 99, 50     | v. 19.6.1998 - 2 AGH 4/98                        | 99, 75  |
| nach Rücknahme der Revision unter Az. IX ZR 22/95 |            | = AnwBl 98, 605                                  |         |
| OLG Koblenz v. 28.10.1997 - 4 O 759/97            | 99, 50     |  |         |
| OLG Koblenz v. 18.6.1998 - 5 U 1653/97            | 99, 193    | VG Sigmaringen v. 4.12.1997 - 8 K 268/96         | 99, 100 |
|   |            | = WPK-Mitt 98, 351                               |         |
| OLG Köln v. 29.7.1998 - 6 U 66/98                 | 99, 203    |  |         |
| = BRAK-Mitt 99, 43                                |            | OFD Frankfurt v. 5.11.1998 - S 0824 A-2-St II 41 | 99, 158 |
| OLG Köln v. 6.8.1998 - 18 U 293/98                | 99, 43     |  |         |
|   |            |  |         |
| OLG München v. 15.12.1997 - 1Z RR 338/96          | 99, 44     |  |         |
| = AnwBl 98, 608                                   |            |  |         |

**Sozietätshaftung • Schein-  
sozietät • Gesamtschuld •  
Aufgabenbereich des Rechts-  
anwalts • Veruntreuung (BGH);  
Abtretung von Honorar-  
ansprüchen des StB • Ver-  
schwiegenheit • Pfändbarkeit •  
Insolvenzbeschlagnahme (BGH);  
Steuerberaterhaftung • Auf-  
deckung stiller Reserven •  
Betriebsaufgabe • Schaden-  
darlegung (OLG Köln);**

**Honorar des StB • Zinsschaden •  
Darlegung (OLG Düsseldorf);  
Honorar des StB • Rückforde-  
rungsanspruch (OLG Düsseldorf);  
Notarhaftung • Belehrung  
über Steuer- und Subventions-  
fragen • Eigenheimzulage  
(LG Osnabrück);**

**und aktuelle Entscheidungen,  
die von besonderer Bedeutung  
sind.**



#### **BEIHEFTER:**

In diesem GI-Beihefter für den Monat Oktober stellen wir Ihnen erstmalig die neue Euro-Kreditversicherung für Rechtsanwälte vor. In Deutschland hat sich in den letzten Jahren die Zahl der Firmenzusammenbrüche vervierfacht. Dieser rapide Anstieg zeigt, daß ein Schutz gegen das Insolvenzrisiko heutzutage für alle am Wirtschaftsge-  
schehen Beteiligten unverzichtbar ist.

Gerling hat eine Euro-Kreditversicherung entwickelt, die speziell auf die Bedürfnisse eines Freiberuflers abgestimmt ist. Sie setzt genau dort an, wo Ihr Forderungsausfallrisiko beginnt. Mit der Euro-Kreditversicherung gehen Sie sicher, daß die Insolvenz eines Mandanten weder die Liquidität noch den Ertrag oder gar den Bestand Ihrer Kanzlei gefährdet.

#### **IMPRESSUM**

GI Gerling Informationen für  
wirtschaftsprüfende, rechts-  
und steuerberatende Berufe  
ISSN 1430-550 X

#### **Herausgeber:**

Gerling  
Marketing Freie Berufe  
50597 Köln  
Telefon: (02 21) 1 44-40 70  
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

#### **Redaktion:**

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,  
Fachanwalt für Steuerrecht  
(verantwortlich für den Inhalt)

#### **Erscheinungsweise:**

12 mal im Jahr, jeweils am  
10. des Monats

#### **Verlag:**

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,  
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

#### **Layout und Satz:**

Type Connection,  
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

#### **Druck:**

Westholsteinische Verlagsdruckerei  
Boyens & Co.,  
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

#### **Bezugsmöglichkeiten:**

Nur im Jahresabonnement.  
Preis: DM 96,- jährlich inklusive  
Mehrwertsteuer und Versandkosten.  
Die Postgebühren sind jeweils ein-  
geschlossen. Bestellungen nimmt  
der Herausgeber entgegen.